FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe

Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel

Erscheinungsweise: sporadisch

Internetz: http://www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 224 Nov./2 2026

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut ‹Allgemeine Erklärung der Menschenrechte›, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine ‹Meinungs- und Informationsfreiheit› vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der ‹Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens›, wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.

==========

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppieren in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkbar in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

****

****



depositphotos.com

Aus Warnung wird Angriffsplan: Wie der ‹Blick› aus Putins Ostsee-Aussage NATO-Propaganda macht

uncut-news.ch, November 2, 2026

Unter der Überschrift ‹Putins perfider Plan für Europa› zeichnet der ‹Blick› ein dramatisches Szenario: Russland nehme die Ostsee ins Visier, wolle Europas Lebensadern kappen, zivile Frachter gefährden, Seeminen einsetzen und mit Sabotage einen neuen Schauplatz hybrider Kriegsführung schaffen. Das Problem dabei ist grundlegend: Einen solchen Plan hat Wladimir Putin in der zitierten Rede nicht angekündigt.

Putin erklärte nach dem Russland-Afrika-Gipfel, Russland wolle keinen Krieg mit Europa und unterstütze Schritte zur Wiederherstellung normaler Beziehungen. Gleichzeitig warnte er vor Versuchen, die russische Schifffahrt in der Ostsee einzuschränken. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob jemand wolle, dass dort Verhältnisse wie im Persischen Golf oder in der Strasse von Hormus entstünden. Seine unmittelbar anschliessende Aussage lautete sinngemäss, Russland wolle dies nicht, werde aber auf Herausforderungen reagieren. Reuters fasste Putins Position entsprechend zusammen: Moskau wolle, dass die Navigation in der Ostsee ungehindert bleibe.

Genau an dieser Stelle verändert der ‹Blick› den Bedeutungsrahmen. Aus einer konditionalen Warnung wird ein angeblicher russischer Operationsplan. Schon die Überschrift ‹Putins perfider Plan für Europa› suggeriert etwas, das der Artikel anschliessend nicht belegt. Es gibt weder einen russischen Operationsbefehl noch ein veröffentlichtes Strategiepapier, keine Ankündigung eines Minenkriegs und keine Aussage Putins, wonach zivile Schiffe angegriffen oder europäische Seewege unbenutzbar gemacht werden sollen.

Stattdessen füllt der Autor diese Lücke mit möglichen Eskalationsszenarien. Plötzlich ist von Seeminen, Angriffen auf zivile Frachter, inszenierten Zwischenfällen, explodierenden Versicherungsprämien und einer wirtschaftlichen Austrocknung der Ostsee die Rede. All das mag theoretisch denkbar sein, doch es sind Szenarien des Autors und nicht Massnahmen, die Putin angekündigt hätte. Genau hier liegt das zentrale journalistische Problem des Artikels: Eine reale Aussage wird mit hypothetischen Entwicklungen vermischt, bis für den Leser kaum noch erkennbar ist, wo Putins Worte enden und die Interpretation des ‹Blick› beginnt.

Besonders deutlich wird diese Verschiebung dort, wo Putins Aussage praktisch umgedreht wird. Er sagt ausdrücklich, Russland wolle keine Situation wie in Hormus. Blick formuliert daraus, Putin nehme die Ostsee ins Visier und drohe damit, sie für grosse Teile Europas unbenutzbar zu machen. Aus einer Warnung vor einer möglichen Eskalation wird so der Eindruck erzeugt, Moskau plane genau diese Eskalation selbst. Diese Schlussfolgerung ist durch das zugrunde liegende Zitat nicht gedeckt.

Noch problematischer wird die Rahmung bei der Formulierung, «das Prinzip Hormus funktioniert über asymmetrischen Terror». Damit entsteht beim Leser das Bild, Iran habe die Strasse von Hormus aus eigenem Antrieb in eine Gefahrenzone verwandelt und Russland könne nun dieselbe Methode übernehmen. Der entscheidende Kontext fehlt jedoch weitgehend. Der aktuelle Konflikt um Hormus ist Teil eines grösseren Krieges und kann nicht seriös von dessen Entstehung getrennt werden. Die heutige Eskalation im Persischen Golf entstand nicht im luftleeren Raum, sondern im Zusammenhang mit amerikanisch-israelischen Angriffen auf Iran. Wer anschliessend vor allem die iranische Reaktion oder Gefahren für Tanker als ‹asymmetrischen Terror› beschreibt, verschiebt den Ausgangspunkt der Eskalation erheblich.

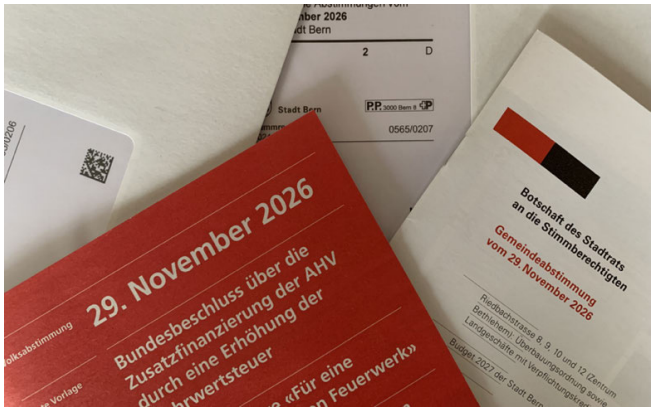
Dasselbe Muster wird anschliessend auf Russland übertragen. Nicht die Frage, welche westlichen Massnahmen gegen russische Schiffe, welche Sanktionen oder welche militärischen Schritte Putin überhaupt zu seiner Warnung veranlassten, steht im Zentrum, sondern ausschliesslich die Behauptung einer russischen Bedrohung. Dadurch entsteht eine klare Rollenverteilung: Russland handelt und eskaliert, Europa reagiert, die NATO schützt. Die Wechselwirkung zwischen den Massnahmen beider Seiten tritt weitgehend in den Hintergrund.

Dabei enthält der ‹Blick›-Artikel durchaus reale Sicherheitsaspekte. Die Ostsee ist eines der am stärksten befahrenen Seegebiete Europas. Störungen der Schifffahrt könnten erhebliche wirtschaftliche Folgen haben. Auch GPS-Störungen, beschädigte Unterseekabel und die Verwundbarkeit maritimer Infrastruktur

sind reale Probleme. Doch aus solchen Tatsachen folgt nicht automatisch, dass Putin einen Plan zur wirtschaftlichen Strangulierung Europas angekündigt hat. Genau diese Ebenen werden im Artikel immer wieder miteinander verknüpft: Ein reales Verkehrsaufkommen wird mit einem hypothetischen Minenkrieg verbunden, beschädigte Unterseekabel mit Putins Hormus-Aussage, GPS-Störungen mit einem angeblichen russischen Gesamtplan. Am Ende entsteht aus einzelnen Risiken ein geschlossenes Bedrohungsszenario, dessen entscheidender Beleg fehlt.
Bemerkenswert ist auch der zeitliche Kontext. Nur kurz nach Putins Äusserungen wurde aus westlichen Medien bekannt, dass Pentagon-Vertreter mehrere NATO-Staaten zu einer gemässigteren öffentlichen Russland-Rhetorik aufgefordert hätten. Innerhalb der NATO selbst gibt es demnach die Sorge, dass übersteigerte Warnungen und immer schärfere öffentliche Aussagen die Eskalation zusätzlich anheizen könnten. Dieser Kontrast ist auffällig: Während selbst innerhalb westlicher Sicherheitskreise vor überhitzter Sprache gewarnt wird, präsentiert der ‹Blick› einen angeblich bereits vorhandenen ‹perfiden Plan› Putins zur Lahmlegung Europas.
Auch die innere Logik des Artikels ist nicht widerspruchsfrei. Der ‹Blick› räumt selbst ein, dass Russland mit einer weitgehenden Blockade der Ostsee erhebliche eigene Schäden verursachen würde. Russische Häfen sind für den Export wichtig, und Kaliningrad ist selbst auf Verkehrsverbindungen durch die Ostseeregion angewiesen. Trotzdem wird gleichzeitig der Eindruck vermittelt, Moskau wolle genau diese Region bewusst wirtschaftlich unbenutzbar machen. Auch das spricht dafür, Putins Äusserung zunächst als das zu behandeln, was sie tatsächlich war: Eine scharfe Warnung vor einer Eskalation im Zusammenhang mit Einschränkungen der russischen Schifffahrt, nicht der Nachweis eines bereits beschlossenen Plans zur Blockade Europas.
Der ‹Blick›-Artikel arbeitet damit nach einem wiederkehrenden Muster. Zunächst wird eine reale Tatsache genannt, anschliessend ein mögliches Szenario beschrieben und dieses schliesslich sprachlich so verdichtet, dass es wie eine bereits feststehende russische Strategie erscheint. Aus einer Möglichkeit wird eine Absicht, aus einer Warnung eine Drohung und aus einer Drohung ein angeblicher Plan.
Man kann Putins Äusserungen scharf kritisieren. Man kann sie als Drohung verstehen und vor einer Eskalation in der Ostsee warnen. Man kann auch die russische Militärpolitik grundsätzlich für gefährlich halten. Journalistischer wäre es jedoch, klar zu trennen, was tatsächlich gesagt wurde, was nachweisbar geschehen ist und was lediglich als mögliches Szenario angenommen wird.
Genau diese Trennung verwischt der ‹Blick›-Artikel. Am Ende erfährt der Leser weniger darüber, was Putin tatsächlich gesagt hat, als darüber, was er nach Vorstellung des Autors möglicherweise tun könnte. Wenn aus solchen Spekulationen anschliessend ein ‹perfider Plan für Europa› konstruiert wird, ist das keine nüchterne Analyse mehr, sondern ein starkes politisches Framing, das sich nahtlos in das gegenwärtige NATO-Bedrohungsnarrativ einfügt.
Quelle: https://uncutnews.ch/aus-warnung-wird-angriffsplan-wie-blick-aus-putins-ostsee-aussage-nato-propaganda-macht/

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

6.11.2026



Unsere Scheindemokratie

Die Schweiz gilt als Musterbeispiel für eine Demokratie. Doch hat unser Land diesen Ruf zu Recht?

Marco Diener

So spricht nur jemand, der am Ende seiner beruflichen Laufbahn steht. Jemand, der nicht mehr Rücksicht nehmen muss. Im Interview mit der ‹Berner Zeitung› sagte der abtretende Staatsrechtsprofessor Markus Müller deutsch und deutlich: «Wir müssen unsere Demokratie überdenken.» Und: «Unsere Abstimmungsbüchlein sind heute teils so verfasst, dass selbst Fachleute Mühe bekunden. Hier müsste leichte Sprache zum Standard werden.»
Hat Müller recht? Natürlich hat er recht!
Das zeigen etwa die Abstimmungen vom kommenden 29. November. Nehmen wir als Beispiel die Vorlage zur Finanzierung der 13. AHV-Rente. An sich keine komplizierte Sache. Aber der Bundesrat hat es geschafft, für seine Erläuterungen 15 Seiten zu beanspruchen. Und sich ständig zu wiederholen. Ein Beispiel:

- Die 13. AHV-Rente koste «zu Beginn über 4 Milliarden und später über 5 Milliarden Franken», steht auf Seite 4.
- «Die 13. AHV-Rente kostet 2026 über 4 Milliarden Franken. (...) Ab 2035 kostet die 13. AHV-Rente schätzungsweise über 5 Milliarden Franken», steht auf Seite 14.
- Und auf Seite 22: «Die 13. AHV-Rente kostet 2026 über 4 Milliarden und später über 5 Milliarden jährlich.»

Dass der Bund ‹gut einen Fünftel› beziehungsweise ‹gut 20 Prozent› übernimmt, erfahren wir auch drei Mal.
Die Folge: Selbst interessierten Stimmberechtigten dürfte das Lesen verleidet sein, noch bevor sie zu komplizierteren Vorlagen wie der Ehepaarbesteuerung oder dem Kriegsmaterialgesetz vorstossen.
Und wie sieht es auf Gemeindeebene aus? Auch nicht besser. Die Stadtberner Stimmberechtigten bekamen dieser Tage ein Abstimmungsbüchlein zugeschickt, das 44 Seiten stark ist, obwohl es nur um zwei Vorlagen geht.
Eine davon ist eine neue Überbauungsordnung für die Riedbachstrasse 8, 9, 10 und 12. Dass es um die Riedbachstrasse 8, 9, 10 und 12 geht, können ausdauernde Stimmberechtigte neun Mal nachlesen.
Das Abstimmungsbüchlein enthält Passagen, die für Laien nicht verständlich sind. So steht etwa,

- dass «Land dem Verwaltungsvermögen entwidmet und ins Finanzvermögen überführt» werde,
- dass es um «einen Verpflichtungskredit als Wertausgleich» gehe,
- und dass Flachdächer mit «Retentionsvolumen zu kombinieren» seien.

Den wenigsten Stimmberechtigten wird präsent sein, worin sich Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen unterscheiden. Und auch die Besonderheit eines Verpflichtungskredits wird nicht allen geläufig sein. Immerhin werden diejenigen mit Fremdwörter-Kenntnissen schliessen können, dass es sich beim Retentionsvolumen um ein Auffangbecken für Regenwasser handeln könnte.
Der abtretende Staatsrechtsprofessor Müller hat schon recht, wenn er sagt: «Unsere Abstimmungsbüchlein sind heute teils so verfasst, dass selbst Fachleute Mühe bekunden.»
Wenn sich Behörden keine Mühe geben, verständliche und leicht lesbare Abstimmungsbotschaften vorzulegen, dann leben wir nicht in einer Demokratie, sondern in einer Scheindemokratie. Und wenn wir über Vorlagen abstimmen, ohne sie verstanden zu haben, dann erst recht.
Noch verstärkt wird dieser Eindruck von der Scheindemokratie nach gewissen Abstimmungen. Die Unternehmenssteuerreform oder die F-35-Beschaffung sind Beispiele dafür. Da wurden wir Stimmberechtigten – absichtlich oder nicht – regelrecht hinters Licht geführt.
Doch zurück zur Stadt Bern. Die Stadtregierung hat seit über 14 Jahren keine einzige Abstimmung mehr verloren. Das kann zweierlei bedeuten: Die Stadtregierung leistet herausragende Arbeit. Oder die Stimmberechtigen blicken nicht wirklich durch und nicken einfach ab, was ihnen vorgelegt wird.
Zweiteres wäre alarmierend.

Fehler im Abstimmungsbüchlein der Stadt Bern

Abstimmungsbüchlein sind mitunter nicht nur schwer verständlich, sondern auch irreführend. In der Botschaft der Stadt Bern für die kommenden Abstimmungen steht über die ‹Band›-Genossenschaft:
*«Als nicht gewinnorientiertes Unternehmen **erhält** sie von der Stadt Bern einen reduzierten Baurechtszins.»*
Richtig wäre das Gegenteil:
*«Als nicht gewinnorientiertes Unternehmen **zahlt** sie der Stadt Bern einen reduzierten Baurechtszins.»*



Via X

Zwangsmobilisierung ausser Kontrolle? 14-Jähriger in mutmasslicher Haftstätte bei Kiew entdeckt

uncut-news.ch, November 3, 2026

In der Nähe der ukrainischen Hauptstadt Kiew wurde ein Privathaus entdeckt, in dem Dutzende eingezogene Männer von der Nationalgarde festgehalten worden sein sollen – darunter auch ein 14-jähriger Junge. Wütende Bürger stürmten das Gebäude. Aufnahmen, die in sozialen Medien kursieren, vermitteln das Bild eines Landes, das zunehmend von inneren Spannungen geprägt ist.



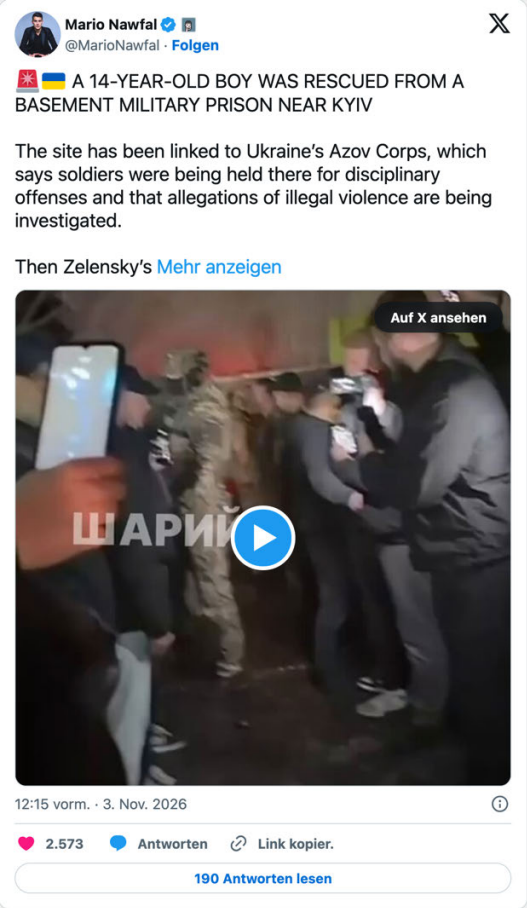
Was in Petropawliwka-Borschtschahivka geschah

In Petropawliwka-Borschtschahivka, etwas ausserhalb von Kiew, versammelten sich am Montagnachmittag Dutzende Angehörige und Anwohner vor einem Wohnhaus, das von Einheiten der ukrainischen Nationalgarde genutzt wurde. Die Menschen traten gegen den Zaun, forderten Zutritt und erhoben Vorwürfe wegen Folter und unrechtmässiger Inhaftierung. Auf Videos ist zu sehen, wie ein Gefangenentransporter von Umstehenden beschädigt wird.
Die Auseinandersetzung spitzte sich derart zu, dass sogar der Stabschef von Präsident Wolodymyr Selensky, Kyrylo Budanow, vor Ort erschien.

Ein 14-jähriger Junge wurde gefunden – wie ist das möglich?

Besonders schwer wiegt die Meldung, dass sich unter den aufgefundenen Personen ein 14-jähriger Junge befunden haben soll. Nach den geltenden Regeln und Gesetzen hätte er sich dort überhaupt nicht befinden dürfen.

Julija Mendel, ehemalige Sprecherin von Präsident Selenskyj, bestätigte den Fall und verband ihn mit scharfer Kritik an der Zwangsmobilisierung in der Ukraine. Ihrer Darstellung zufolge sei daraus ein System des Terrors entstanden, in dem Milliarden an Schmiergeldern flössen und Selenskys Sicherheitsapparat die Verantwortlichen schütze.



Die offizielle Reaktion

Der Kommandant der Nationalgarde, Generalmajor Oleksandr Pivnenko, bestätigte, dass sich 18 Soldaten in dem Gebäude aufhielten, darunter auch Männer, die ihre Einheit ohne Erlaubnis verlassen hatten.
Seinen Angaben zufolge ist die Nutzung gemieteter Privatwohnungen als vorübergehende Unterkunft gängige Praxis, weil der Armee nicht genügend Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden. Vier der angetroffenen Männer wurden zur medizinischen Untersuchung abtransportiert.
Pivnenko wies die Vorwürfe zurück, es habe sich um Folter gehandelt. Gleichzeitig kündigte die Nationalgarde eine interne Untersuchung an.
Innenminister Ivan Vyhivskyi bestätigte gegenüber ‹Ukrainska Pravda›, dass das Gebäude tatsächlich von einer Einheit der Nationalgarde genutzt wurde. Er kündigte an, sämtliche Informationen zu dem Fall einschliesslich der Lebensbedingungen vor Ort gründlich untersuchen zu lassen.
Kritiker sehen darin klassisches Krisenmanagement: Zahlreiche Stellen werden eingeschaltet, während zunächst offenbleibt, wer für mögliche Verstösse verantwortlich gemacht wird.

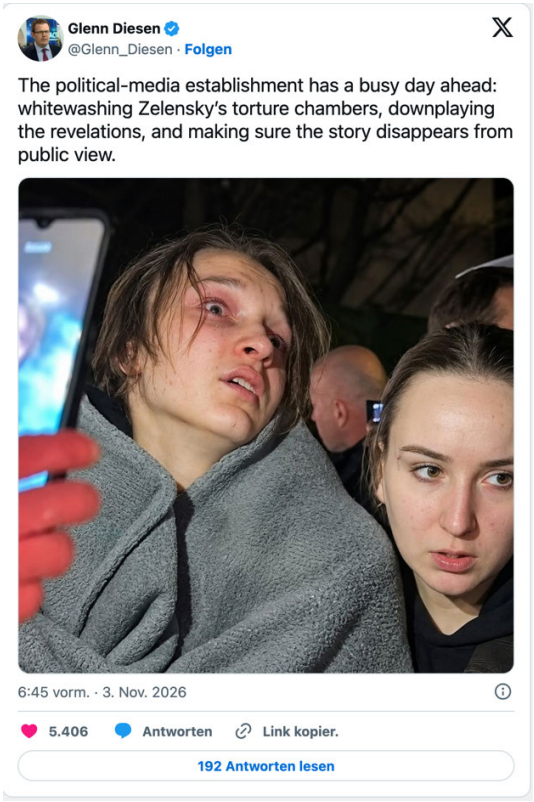
Internationale Stimmen melden sich zu Wort

Während die ukrainischen Behörden versuchen, die Vorwürfe aufzuklären, fallen international scharfe Worte.
Professor Glenn Diesen spricht offen von **‹Selenskys Folterkammern›** und vermutet, das politische Establishment werde versuchen, die Geschichte zu vertuschen und aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Die investigative Journalistin Elizabeth Lane bezeichnet die Ukraine als ein **«Terrorregime, das seine eigene Bevölkerung unterdrückt»**.
Der französische Journalist Didier Maïsto richtet seine Kritik auch gegen europäische Politiker und Medienvertreter, die den Krieg seiner Darstellung zufolge «bis zum letzten Mann» befeuern – «zwischen zwei Gläsern Champagner», wie er es formuliert.
Der Ökonom Richard Werner weist darauf hin, dass junge ukrainische Männer seit Jahren gefoltert würden und dass mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen seien. Was die Menschen nun überrasche,

sei, dass die ukrainische Regierung nicht nur an der Front, sondern auch im eigenen Land ein Klima des Terrors geschaffen habe.

Asow-Kommandant spricht von russischer Provokation

Denis Prokopenko, Kommandant des Asow-Korps, stellte die öffentliche Debatte über den Vorfall dagegen als russische Provokation dar. Seiner Ansicht nach spiele vieles von dem, was derzeit im Informationsraum rund um diesen Fall verbreitet werde, Moskau in die Hände.
Damit wird erneut ein bekanntes Muster sichtbar: Kritik an der ukrainischen Regierung und ihrer Mobilisierungspolitik wird schnell in den Zusammenhang russischer Informationskriegsführung gestellt. Selbst Bürger, die Vorwürfe über die Behandlung ihrer Landsleute erheben, geraten dadurch unter den Verdacht, dem Gegner zu nutzen.



Selenskys System verschlingt seine eigenen Leute

Der Fall geht über einen einzelnen Vorfall in der Nähe von Kiew hinaus. Die Zwangsmobilisierung in der Ukraine ist seit längerem heftig umstritten. Immer wieder kursieren Aufnahmen, auf denen Männer auf Strassen festgehalten, aus Restaurants oder anderen öffentlichen Orten geholt und gewaltsam in Militärfahrzeuge gebracht werden.
Mendels Fazit fällt entsprechend drastisch aus: Sollte die EU weiterhin hinter einer Führung stehen, die nach ihrer Darstellung das eigene Volk tötet, würden sich die Ukrainer irgendwann auch gegen ihre eigene Regierung verteidigen.
Damit bleibt eine Frage offen, die weit über dieses Gebäude hinausgeht: Handelte es sich um einen isolierten Vorfall – oder existieren weitere vergleichbare Orte, die bislang nicht öffentlich bekannt geworden sind? Allein die Meldung, dass sich ein 14-jähriger Junge in einem von der Nationalgarde genutzten Gebäude befunden haben soll, wirft schwerwiegende Fragen über die Zustände im ukrainischen Mobilisierungs- und Sicherheitsapparat auf.
Quelle: Clashes erupt outside Ukrainian National Guard facility near Kyiv amid abuse allegations (UPDATED)
Quelle: https://uncutnews.ch/zwangsmobilisierung-ausser-kontrolle-14-jaehriger-in-mutmasslicher-haftstaette-bei-kiew-entdeckt/

Gastbeitrag MAINPOST:
Was die Hauptursache von Hunger und Flucht ist

Ehemalige Entwicklungshelfer um den Würzburger Pfarrer Werner Schindelin kritisieren die ‹jahrzehntelange falsche Entwicklungspolitik› – und fordern Familienplanung.

Halten die fehlende Familienplanung für die zentrale Ursache von Hunger, Flucht und Migration: Dr. Dieter Ehrhardt, Werner Schindelin und Dr. Rainer Rosenbaum.



Foto: Daniel Biscan | Halten die fehlende Familienplanung für die zentrale Ursache von Hunger, Flucht und Migration: Dr. Dieter Ehrhardt, Werner Schindelin und Dr. Rainer Rosenbaum.

Dr. Dieter Ehrhardt, Dr. Rainer Rosenbaum, Werner Schindelin, 1.10.2019

Wir halten die Bevölkerungsexplosion für eine entscheidende Ursache der menschenunwürdigen Lebensbedingungen in vielen Entwicklungsländern. Sie ist auch die Hauptursache für die derzeitigen weltweiten Flüchtlingsströme. Es läge daher im Interesse aller Staaten dieser Erde, wenn es gelänge, durch entsprechende Familienplanungsprogramme das Bevölkerungswachstum der betroffenen Länder mit den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen in Einklang zu bringen. Denn die Zukunft der Menschheit dürfte durch die Bevölkerungsexplosion stärker bedroht sein als durch den Klimawandel.
Unsere Bundesregierung vernachlässigt jedoch das Problem der Bevölkerungsexplosion (genauso, wie die meisten anderen Industriestaaten) in unverantwortlicher Weise. Wir fordern sie daher auf, zusammen mit anderen Industriestaaten und der UNO, die betroffenen Länder finanziell und organisatorisch massiv bei Familienplanungsprogrammen zu unterstützen. Denn das hierfür aufgewendete Geld wird wesentlich nachhaltiger zur Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern beitragen, als es die meisten anderen Hilfsprogramme für diese Länder vermögen.

Die Ausgangslage

Derzeit leben bereits 7,6 Milliarden Menschen auf der Erde. Die Menschheit vermehrt sich, konzentriert auf die Entwicklungsländer, um über eineinhalb Millionen jede Woche. Das bedeutet einen Zuwachs von 230'000 Menschen pro Tag und einen jährlichen Zuwachs von über 80 Millionen, was in etwa der gesamten Bevölkerung Deutschlands entspricht. Die Bevölkerung in Afrika wird sich in den nächsten 30 Jahren von heute 1,3 Milliarden auf 2,6 Milliarden verdoppeln, und in einigen Ländern, wie Niger, sogar verdreifachen. Zur nächsten Jahrhundertwende erreicht die Weltbevölkerung mindestens elf Milliarden Menschen, vier Milliarden mehr als bisher.
Falls allerdings die derzeitige Wachstumsgeschwindigkeit beibehalten wird, werden es im Jahr 2100 sogar 16,2 Milliarden Menschen sein (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung). All diese Menschen brauchen Nahrung Wasser, Wohnung und Kleidung, Schulen und Krankenversorgung, Arbeitsplätze und Altersversorgung.
Eine nachhaltige Versorgung der Bevölkerung bei solchen Wachstumsraten ist nicht möglich. Umso schlechter werden die Lebensbedingungen der Betroffenen. Auch die ohnehin bereits vorhandenen weltweiten Probleme wie Plünderung der Rohstoff- und Wasserreserven, Vernichtung von Naturflächen, Überfischung, Entwaldung usw. werden durch das explosive Wachstum der Weltbevölkerung wesentlich verstärkt. Einer ständig zunehmenden Bevölkerung stehen dadurch immer weniger Ressourcen zur Verfügung. Dies könnte am Ende im Extremfall zu einem Kampf aller gegen alle um die lebensnotwendigen Ressourcen und zu apokalyptischen Verhältnissen führen.

Die Ursachen – und Ansätze zur Abhilfe

Die Bevölkerungsexplosion ist laut UNO im Wesentlichen auf das Fehlen von Massnahmen der Familienplanung und damit im Zusammenhang auf fehlende Sexualaufklärung und Sexualerziehung zurückzuführen. Dies dürfte sich erst ändern, wenn jeweiligen Führungsschichten, erkennen, dass eine Familienplanung letztlich auch in ihrem Interesse liegt – etwa um revolutionäre Entwicklungen zu vermeiden. Ausserdem dürfte in den meisten Fällen auch eine kräftige finanzielle und organisatorische Unterstützung durch internationale Organisationen nötig sein. Die Industriestaaten sollten im eigenen Interesse – zur Vermeidung künftiger katastrophaler Völkerwanderungen – dafür grosszügige finanzielle Beiträge leisten.
Auch religiöse Widerstände sowohl in den betroffenen Ländern wie auch in den Unterstützer-Ländern (also vor allem den Industriestaaten) müssten beendet werden. Deshalb sollten die Vertreter aller Religionen die

von einer weiteren Bevölkerungsexplosion ausgehenden Gefahren für die gesamte Menschheit erkennen und die dringend nötigen Familienplanungen in den betroffenen Ländern moralisch unterstützen. Gerade weil Religionen die Aufgabe haben, das Leben zu unterstützen und zu erhalten, sollten ihre Vertreter erkennen, dass dies am besten gelingt, wenn man in allen Ländern menschenwürdige Lebensverhältnisse schafft. Dies ist aber meist nur mit einer vernünftigen Familienplanung möglich. Wer dagegen der Natur durch schrankenlose Vermehrung ihren Lauf lassen will, muss dann auch in Kauf nehmen, dass die Natur das erforderliche Gleichgewicht (in Bezug auf die zum Überleben nötigen Ressourcen) durch Hunger, Krankheit und Kriege wieder herstellt. Da alle Weltreligionen beanspruchen auch Vertreter der Humanität zu sein, sollten sie auch anerkennen, dass Familienplanung die bei Weitem humanste Methode ist, um das (von den vorhandenen Ressourcen abhängige) Überleben der Menschen zu sichern.
Alle Beteiligten auf nationaler und internationaler Ebene sollten vor allem endlich erkennen, dass das Problem Bevölkerungsexplosion durch weitere Untätigkeit exponentiell wächst und seine Bekämpfung damit immer aussichtsloser wird je länger man damit wartet.

Die Autoren und ihr Aufruf

Der Appell: Sie haben jahrzehntelange Erfahrung in internationaler Entwicklungszusammenarbeit und rufen jetzt – ‹aus christlicher Mitverantwortung› – zum politischen Handeln auf. Eine siebenköpfige Gruppe von ehemaligen Entwicklungshelfern, Theologen und Ärzten um den Würzburger Pfarrer Werner Schindelin kritisiert in einem Thesenpapier «eine seit Jahrzehnten bestehende, falsche Entwicklungspolitik». Die Bundesregierung, so ihr Appell, müsse sich in ihrer Entwicklungspolitik auf Familienplanungsprogramme konzentrieren.
Zur ‹Gruppe Schindelin› gehören der Arzt Dr. Marek Barczak, Agrarbiologe Dr. Gerhard Baumann, die Volkswirtin Ursula Erhard, der Arzt Dr. Rolf Schaffhauser sowie die Autoren dieses Gastbeitrags.
Dr. Dieter Ehrhardt war stellvertretender Referatsleiter im Entwicklungshilfe-Ministerium und viele Jahre für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) in der Karibik, Kenia, der Türkei und im Südpazifik tätig, ausserdem beigeordneter Sachverständiger für Bevölkerungspolitik und Familienplanung bei der EU in Brüssel für die 69 AKP-Staaten.
Werner Schindelin ist Studiendirektor a. D., evangelischer Pfarrer und Initiator vieler Entwicklungsprojekte sowie Begründer mehrerer Hilfsinitiativen für Flüchtlinge und Asylsuchende.
Dr. Rainer Rosenbaum ist Arzt und Entwicklungspolitiker und war in über 40 Ländern für internationale Organisationen, wie UNICEF und UNFPA tätig.
Dieser Gastbeitrag ist eine Kurzfassung des Thesenpapiers, das die sieben Experten verfasst haben.
Quelle: https://www.mainpost.de/ueberregional/meinung/leitartikel/gastbeitrag-was-die-hauptursache-von-hunger-und-flucht-ist-art-10324087
Die Erlaubnis zur Wiederverwendung des Artikels wurde Achim Wolf am 21. September 2021 von Pfarrer Werner Schindelin erteilt.

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.
6.11.2026



Brauner Schatten: Carlo Albisser, Gründer der Schweizer Hammerskins. Das Aktenfoto der Luzerner Polizei zeigt ihn in der Kleidung, die er am 4. November 1995 beim Überfall in Hochdorf trug. © Archiv Hans Stutz

«Alle Kameraden haben die Pflicht zu kommen»

Höhepunkt rechter Gewalteskalation in den Neunzigern: 50 Neonazis stürmen 1995 ein Konzert in Hochdorf. Danach verpfeifen sie sich.

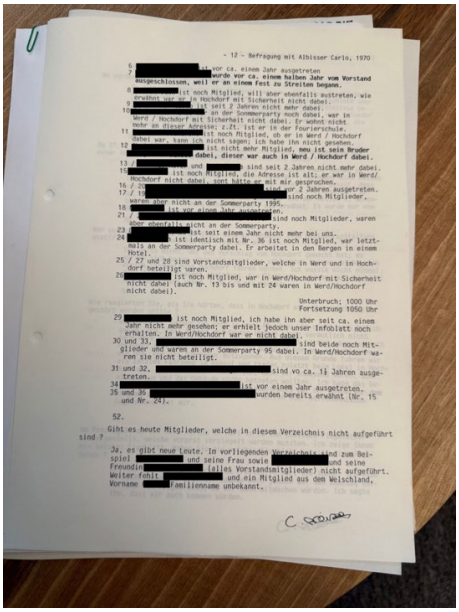
Daniel Ryser

Das letzte Kapitel unserer Serie ‹Sommer, Sonne, Remigration›, erzählt in drei Teilen, stützt sich auf Polizei- und Gerichtsakten der Kantone Thurgau, Aargau, Luzern und Zürich. Fast alle Akten stammen aus dem Privatarchiv des Luzerner Journalisten Hans Stutz.

Carlo Albisser war 25 Jahre alt, als er bei der Kantonspolizei Luzern zu reden anfing. Es war Dienstag, der 7. November 1995, drei Tage nach dem Überfall auf das Kulturzentrum ‹Braui› in Hochdorf.
Die Befragung durch Wachtmeister Schwegler begann um 9 Uhr morgens. Anfangs bestritt Albisser, überhaupt vor Ort gewesen zu sein. Mit dem Überfall habe er «überhaupt nichts zu tun», sagte er. Und überhaupt, zur Tatzeit habe er mit seiner Freundin bei einem Kollegen Fondue gegessen. Am Nachmittag dann sagte er: «Ich gebe zu, bei dieser Aktion beteiligt gewesen zu sein.»

«Haben Sie etwas beizufügen?»

Carlo ‹Gary› Albisser ist der einzige Protagonist von damals, den wir in diesem Kapitel mit vollem Namen nennen. Denn Albisser ist nicht nur der Gründer der Schweizer Hammerskins, einem nationalen Ableger einer Neonazi-Organisation mit Wurzeln in den USA, er ist auch bis heute noch in der Szene aktiv: 2025 schrieb die Rechercheplattform Exif über den Luzerner: «Albisser ist damit seit nunmehr 35 Jahren aktives Mitglied der Bruderschaft, was weltweit einzigartig ist.»
Seine Lebensdauer in der Szene ist umso erstaunlicher, weil Verschwiegenheit zu den Grundtugenden der Bewegung gehört. Die Konzerte der Neonazi-Organisation sind klandestin. Die Einvernahmeprotokolle aber zeigen: Der Gründer der Schweizer Sektion der Hammerskins sang 1995 gegenüber dem Wachtmeister Schwegler wie ein Vögelchen.
Als Vorstandsmitglied war Albisser in den Neunzigern zuständig für das Adressverzeichnis der Schweizer Hammerskins, die Infoblätter, die Spendengelder. Die Polizei fand es bei der Hausdurchsuchung nach dem Hochdorfer Überfall bei ihm zu Hause: ein grünes Schreibheft mit 36 handschriftlichen Adressen. Nun ging Albisser mit Schwegler das Heft durch, Nummer für Nummer, und zu jeder Nummer, jedem Namen hatte er etwas zu sagen: ausgetreten, ausgeschlossen, in Hochdorf «mit Sicherheit nicht dabei». Oder eben doch dabei.
Er, der Roland E. und der Werner G., seien nur als ‹Zuschauer› mitgegangen. Mit ‹Zuschauer› meine er, «dass wir anwesend waren, aber nichts tun und das Gebäude nicht betreten wollten». Er habe sich «auf der Rampe vor dem Eingang» aufgehalten und keinerlei Waffen oder waffenähnliche Gegenstände bei sich gehabt.
Schliesslich nannte er auch noch einen anderen Namen, der «mit Sicherheit in Werd bzw. in Hochdorf dabei» gewesen sei: Pascal L., der vermutlich bekannteste und berüchtigtste Neonazi der Neunziger, ein Mann, der wegen Gewaltaktionen immer wieder in den Schlagzeilen war.
«Haben Sie etwas beizufügen?», fragte Wachtmeister Schwegler.
«Nein. Ich habe nun alles gesagt, wie es gelaufen ist, und habe nichts verschwiegen. Es liegt mir daran, dass ich bald aus der Haft entlassen werde; ich möchte wieder zur Arbeit gehen; mein Chef ist auf mich angewiesen.»
Albisser unterschrieb das Protokoll. Er war der erste der Angreifer gewesen, der nach dem Hochdorfer Überfall redete, aber bei Weitem nicht der letzte.


- 12 - Befragung mit Albisser Carlo, 1970

Ziffer um Ziffer geht Carlo Albisser mit der Polizei das Mitgliederverzeichnis der Schweizer Hammerskins durch. Wer ist ausgetreten, wer ausgeschlossen, wer war in Hochdorf dabei? | © Archiv Hans Stutz

«Chef der AO P. L. 88»

Ende Oktober 1995 verschickte der Neonazi Pascal L. einen Brief an Mitglieder der Hammerskins. L., ein gebürtiger Berner, war 20 Jahre alt und wohnte in Weinfelden im Kanton Thurgau. Er war dort dermassen umtriebig, dass es am 12. Februar 1994 im eher verschlafenen Weinfelden unter dem Motto «Hinsehen statt Wegsehen» zu einer antifaschistischen Demonstration kam mit hunderten Teilnehmenden, die aus der ganzen Schweiz anreisten, und die sich gegen die Nationale Jugend Schweiz richtete, deren Anführer Pascal L. war.

Pascal L. war auch Chef der Aufbauorganisation der Hammerskins Schweiz, einer Nachwuchsorganisation mit dem Ziel, Jugendliche und junge Erwachsene für die rechtsextreme Sache zu gewinnen. Den Namen hatte L. der 1972 in den USA gegründeten NSDAP-Aufbauorganisation entliehen, die von Lincoln, Nebraska aus internationale Neonazi-Netzwerke koordinierte.

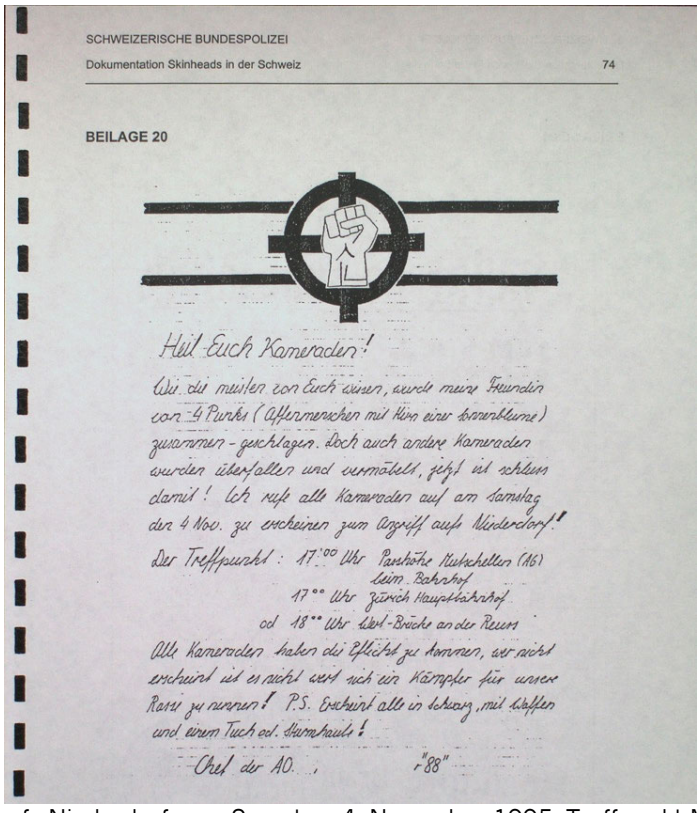
Den Brief, der mit einer geballten Faust und der Anrede «Heil euch Kameraden» begann, schickte L. an «ihm bekannte Kollegen aus dem Skinhead-Umfeld bzw. an einschlägige Organisationen», wie ein späteres Gerichtsurteil festhielt, darunter die Gruppe ‹Morgenstern› aus Sempach. L. rief zum «Angriff aufs Niederdorf» auf, und zwar am Samstag, 4. November 1995. Ziel: Linke. Grund: Seine Freundin sei von vier Punks zusammengeschlagen worden: «Alle Kameraden haben die Pflicht, zu kommen, wer nicht erscheint, ist es nicht wert sich ein Kämpfer für unsere Rasse zu nennen.»

Die ‹Kameraden› sollten «in schwarz, mit Waffen und einem Tuch oder Sturmhaube zur Vermummung» erscheinen. Er unterzeichnete mit: ‹Chef der AO Pascal L. 88›. Die Abkürzung 88 steht für ‹Heil Hitler›.

Im Zürcher Niederdorf war es in den Neunzigern während vieler Jahre zu heftigen Schlägereien zwischen Autonomen und Neonazis gekommen. Die Rechtsextremen hatten in der Altstadt mehrere Bars in Beschlag genommen, tranken, pöbelten und prügelten wie in einem schlechten Song der Toten Hosen. Die Gewalt erzeugte heftige Gegengewalt.

Die Aktionen im Niederdorf gipfelten in der Nacht auf den 20. April 1997 – Hitlers Geburtstag –, darin, dass Linksradikale die beiden Neonazi-Treffpunkte ‹Pumpi-Bar› und ‹Alte Bränni› stürmten und zu Kleinholz verarbeiteten. Zwei Wochen zuvor waren über hundert Neonazis durch das Niederdorf gezogen und hatten mehrere Menschen zusammengeschlagen, darunter eine 15-jährig Schülerin, die mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Der Fall sorgte für schweizweite Empörung.

Nun also behauptete Pascal L., seine eigene Freundin sei krankenhausreif geschlagen worden, von Linken. Das Kriminalgericht des Kantons Luzern hielt später fest, es sei davon auszugehen, dass L. die Geschichte mit der Freundin erfunden habe. Sie wurde in der Szene jedoch nie in Frage gestellt und verbreitete sich mit einer Geschwindigkeit, die jede Nachfrage erübrigte. Das Motiv von Pascal L., so das Gericht sei eine ‹Rache- und Selbsthilfeaktion› gewesen, geplant, um Sachschäden anzurichten und «Leute aus der linksautonomen Szene zu verprügeln».



SCHWEIZERISCHE BUNDESPOLIZEI
Dokumentation Skinheads in der Schweiz 74

BEILAGE 20

Heil Euch Kameraden!

Wie die meisten von Euch wissen, wurde meine Freundin von 4 Punks (Affenmenschen mit Hirn einer Erdnußschale) zusammen-geschlagen. Doch auch andere Kameraden wurden überfallen und verprügelt, jetzt ist schluß damit! Ich rufe alle Kameraden auf am Samstag den 4 Nov. zu erscheinen zum Angriff aufs Niederdorf!

Der Treffpunkt: 17.00 Uhr Parkhöhe Mutschellen (A1)
beim Bahnhof
17.00 Uhr Zürich Hauptbahnhof
od 18.00 Uhr Ikea-Brücke an der Reuss

Alle Kameraden haben die Pflicht zu kommen, wer nicht erscheint ist es nicht wert sich ein Kämpfer für unsere Rasse zu nennen! P.S. Erscheint alle in schwarz, mit Waffen und einem Tuch od. Sturmhaube!

Chef der AO. „88"

Das Aufgebot: Ein «Angriff aufs Niederdorf» am Samstag, 4. November 1995. Treffpunkt Mutschellen, Zürich HB oder Werdbrücke, Dresscode Schwarz, «mit Waffen und einem Tuch od. Sturmhaube». | © Sozialarchiv

Eine Schrotflinte, zwei Pistolen

Carlo Albisser hatte in seiner Befragung vom 10. November 1995 nicht nur die Namen von Reinhold F. und Pascal L. genannt. Wie ein akribischer Buchhalter ging der Mann, der über die Adressen der Skins verfügte, mit Wachtmeister Schwegler das Büchlein durch. «Christian B. ist nicht mehr Mitglied», sagte er über einen davon, «neu ist sein Bruder Daniel dabei, dieser war auch in Werd und Hochdorf dabei.»

Die eine Aussage führte zur nächsten, und so nahm die Thurgauer Kantonspolizei am frühen Morgen des 21. November 1995 in Amriswil den 22-jährigen kaufmännischen Angestellten Thomas S. fest, und in dessen Wohnung stiessen die Polizisten dann auf all die Waffen.

Eine 9-Millimeter-Pistole von SIG-Sauer, eine Schrotflinte von Maverick, eine kleinkalibrige Calico M-100P mit vollem Magazin. Dazu dreitausend Schuss Munition sowie ein Trommelmagazin mit 75 Schuss für eine Kalaschnikow, die Thomas S. damals, bevor die Polizei seine Wohnung durchsuchte, kaufen wollte. Sechzehn Schuss Platzpatronen, sechs Leuchtspurpatronen der Schweizer Armee, kiloweise Kaliumchlorat, Kaliumnitrat, Schwefel, Aluminium, Ammoniumnitrat. Alles angebraucht. Ein Polizist vermerkte: ‹Für Sprengstoffe.› S. sagte, er habe Feuerwerkskörper herstellen wollen, sowie mehrere selbst gebaute Böllerbüchsen, mit Kies gefüllt, deponiert im Wandschrank des Korridors.

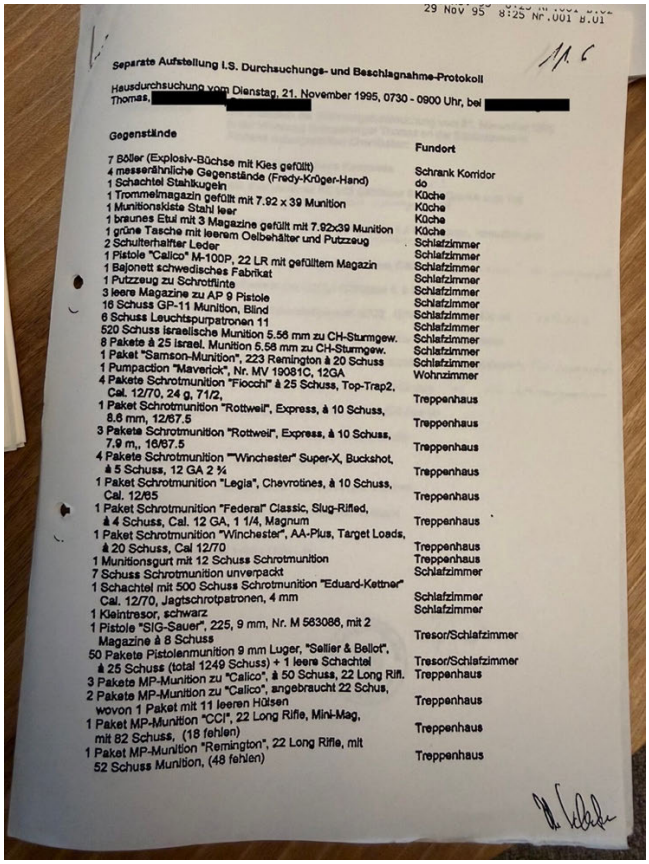
Die meisten Waffen, so sagte S. in der Einvernahme, habe er legal erworben, in Waffengeschäften im Thurgau, in Bern und Basel. Sein nächstes Ziel sei eine Kalaschnikow gewesen, erzählte er den Beamten.

Mit der Schrotflinte habe er im Garten seiner Eltern auf Stare geschossen. Die Böllerbüchsen wiederum habe er gebaut, «um diese an einer Demonstration in Weinfelden zu verwenden» – gemeint war die antifaschistische Demonstration vom 12. Februar 1994.

Die Polizei fragte nicht nach, was er mit ‹verwenden› meinte, auf jeden Fall, so steht es in der Einvernahme, habe Thomas S. die Sache mit den Böllern dann selbst als zu gefährlich eingestuft und die Pläne begraben, und die Büchsen habe er in den Wandschrank gestellt, wo die Polizei sie dann gefunden hatte.

Auf die Frage, ob er an der Aktion ‹Braui Hochdorf› am 4. November 1995 teilgenommen habe, sagte er: «In Hochdorf war ich nicht dabei.» Und dann, auf Seite 7 des Protokolls, nach langem Befragen, sagte er schliesslich: «OK. Ich war dabei.»

In einer Beiz habe er gesessen, der ‹Sonne› in Amriswil, sagte er den Beamten, als er erfahren habe, dass die Freundin von Pascal L. im Spital liege, schwer verprügelt von den Linken. Und das habe er sicher nicht zulassen können, «dass die Chaoten ein Mädchen krankenhausreif schlagen». «Wenn ich mich jetzt nicht erhebe, würde ich anfangen mich selbst zu hassen», sagte er. Er habe nicht aus Hass gegen die Linken oder Autonomen mitgemacht, sondern aus Rache.



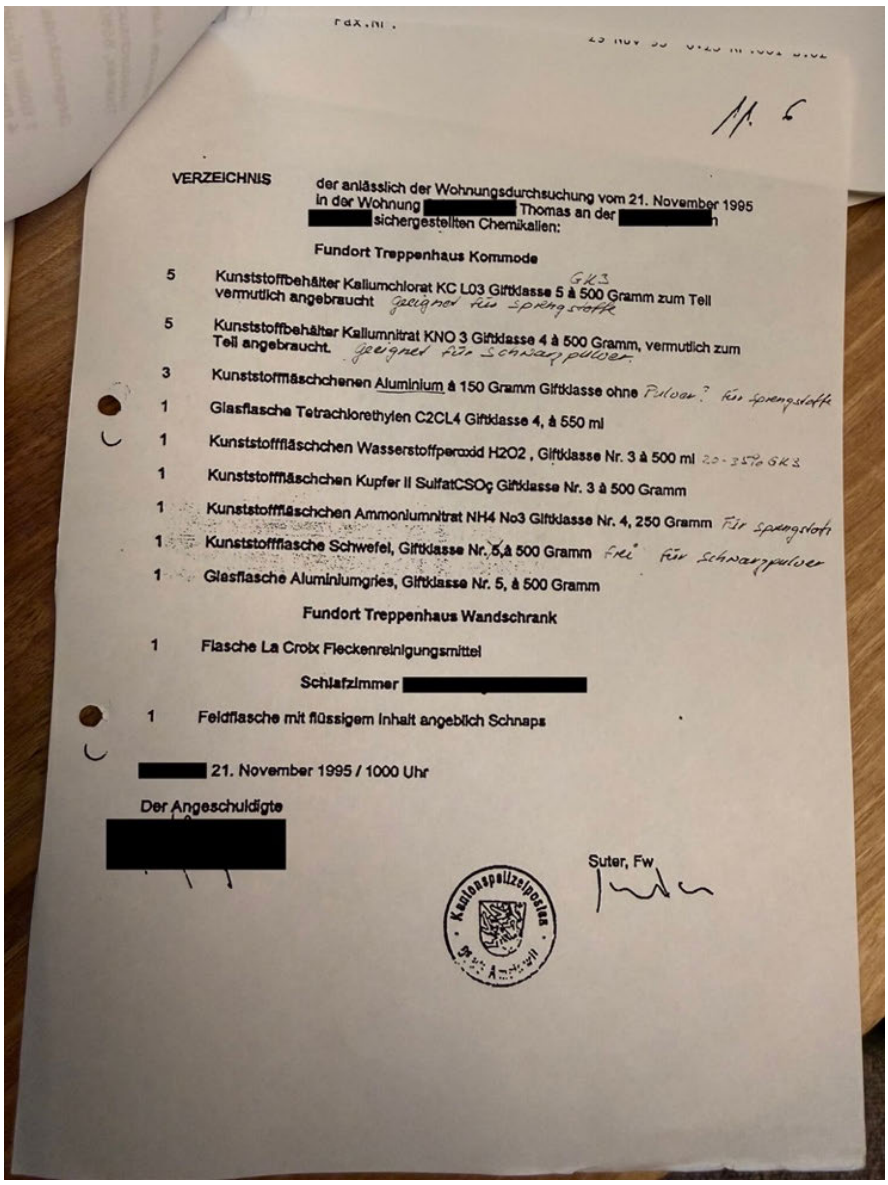
29 Nov 95 8:25 Nr.001 P.01

Separate Aufstellung i.S. Durchsuchungs- und Beschlagnahme-Protokoll

Hausdurchsuchung vom Dienstag, 21. November 1995, 0730 - 0900 Uhr, bei Thomas, [redacted]

Gegenstände	Fundort
7 Böller (Explosiv-Büchse mit Kies gefüllt)	Schrank Korridor
4 messerähnliche Gegenstände (Fredy-Krüger-Hand)	do
1 Schachtel Stahlkugeln	Küche
1 Trommelmagazin gefüllt mit 7.92 x 39 Munition	Küche
1 Munitionskiste Stahl leer	Küche
1 braunes Etui mit 3 Magazine gefüllt mit 7.92x39 Munition	Küche
1 grüne Tasche mit leerem Oelbehälter und Putzzeug	Schlafzimmer
2 Schulterhalfter Leder	Schlafzimmer
1 Pistole "Calico" M-100P, 22 LR mit gefülltem Magazin	Schlafzimmer
1 Bajonett schwedisches Fabrikat	Schlafzimmer
1 Putzzeug zu Schrotflinte	Schlafzimmer
3 leere Magazine zu AP 9 Pistole	Schlafzimmer
16 Schuss GP-11 Munition, Blind	Schlafzimmer
6 Schuss Leuchtspurpatronen 11	Schlafzimmer
520 Schuss israelische Munition 5.56 mm zu CH-Sturmgew.	Schlafzimmer
8 Pakete à 25 israel. Munition 5.56 mm zu CH-Sturmgew.	Schlafzimmer
1 Paket "Samson-Munition", 223 Remington à 20 Schuss	Schlafzimmer
1 Pumpaction "Maverick", Nr. MV 19081C, 12GA	Wohnzimmer
4 Pakete Schrotmunition "Fiocchi" à 25 Schuss, Top-Trap2, Cal. 12/70, 24 g, 7½,	Treppenhaus
1 Paket Schrotmunition "Rottweil", Express, à 10 Schuss, 8.6 mm, 12/67.5	Treppenhaus
3 Pakete Schrotmunition "Rottweil", Express, à 10 Schuss, 7.9 m,, 16/67.5	Treppenhaus
4 Pakete Schrotmunition ""Winchester" Super-X, Buckshot, à 5 Schuss, 12 GA 2 ¾	Treppenhaus
1 Paket Schrotmunition "Legia", Chevrotines, à 10 Schuss, Cal. 12/65	Treppenhaus
1 Paket Schrotmunition "Federal" Classic, Slug-Rifled, à 4 Schuss, Cal. 12 GA, 1 1/4, Magnum	Treppenhaus
1 Paket Schrotmunition "Winchester", AA-Plus, Target Loads, à 20 Schuss, Cal 12/70	Treppenhaus
1 Munitionsgurt mit 12 Schuss Schrotmunition	Treppenhaus
7 Schuss Schrotmunition unverpackt	Schlafzimmer
1 Schachtel mit 500 Schuss Schrotmunition "Eduard-Kettner" Cal. 12/70, Jagtschrotpatronen, 4 mm	Schlafzimmer
1 Kleintresor, schwarz	Schlafzimmer
1 Pistole "SIG-Sauer", 225, 9 mm, Nr. M 563086, mit 2 Magazine à 8 Schuss	Tresor/Schlafzimmer
50 Pakete Pistolenmunition 9 mm Luger, "Sellier & Bellot", à 25 Schuss (total 1249 Schuss) + 1 leere Schachtel	Tresor/Schlafzimmer
3 Pakete MP-Munition zu "Calico", à 50 Schuss, 22 Long Rifl.	Treppenhaus
2 Pakete MP-Munition zu "Calico", angebraucht 22 Schus, wovon 1 Paket mit 11 leeren Hülsen	Treppenhaus
1 Paket MP-Munition "CCI", 22 Long Rifle, Mini-Mag, mit 82 Schuss, (18 fehlen)	Treppenhaus
1 Paket MP-Munition "Remington", 22 Long Rifle, mit 52 Schuss Munition, (48 fehlen)	Treppenhaus

Hausdurchsuchung, 21. November 1995: zwei Pistolen mit vollen Magazinen, eine Schrotflinte, ein Bajonett, mehr als dreitausend Schuss Munition, sieben Böller und, unter einer eigenen Zeile: «4 messerähnliche Gegenstände (Fredy-Krüger-Hand)». | © Archiv Hans Stutz



VERZEICHNIS der anlässlich der Wohnungsdurchsuchung vom 21. November 1995 in der Wohnung [redacted] Thomas an der [redacted] sichergestellten Chemikalien:

Fundort Treppenhaus Kommode

5 Kunststoffbehälter Kaliumchlorat KC L03 Giftklasse 5 à 500 Gramm zum Teil vermutlich angebraucht geeignet für Sprengstoffe GK3

5 Kunststoffbehälter Kaliumnitrat KNO 3 Giftklasse 4 à 500 Gramm, vermutlich zum Teil angebraucht. geeignet für Schwarzpulver.

3 Kunststoffmäschchenen Aluminium à 150 Gramm Giftklasse ohne Pulver? für Sprengstoffe

1 Glasflasche Tetrachlorethylen C2CL4 Giftklasse 4, à 550 ml

1 Kunststoffläschchen Wasserstoffperoxid H2O2 , Giftklasse Nr. 3 à 500 ml 20-35% GK3

1 Kunststoffläschchen Kupfer II SulfatCSOç Giftklasse Nr. 3 à 500 Gramm

1 Kunststoffläschchen Ammoniumnitrat NH4 No3 Giftklasse Nr. 4, 250 Gramm Für Sprengstoff

1 Kunststofflasche Schwefel, Giftklasse Nr. 5,à 500 Gramm Frei für Schwarzpulver

1 Glasflasche Aluminiumgries, Giftklasse Nr. 5, à 500 Gramm

Fundort Treppenhaus Wandschrank

1 Flasche La Croix Fleckenreinigungsmittel

Schlafzimmer [redacted]

1 Feldflasche mit flüssigem Inhalt angeblich Schnaps

[redacted] 21. November 1995 / 1000 Uhr

Der Angeschuldigte [redacted]

Suter, Fw

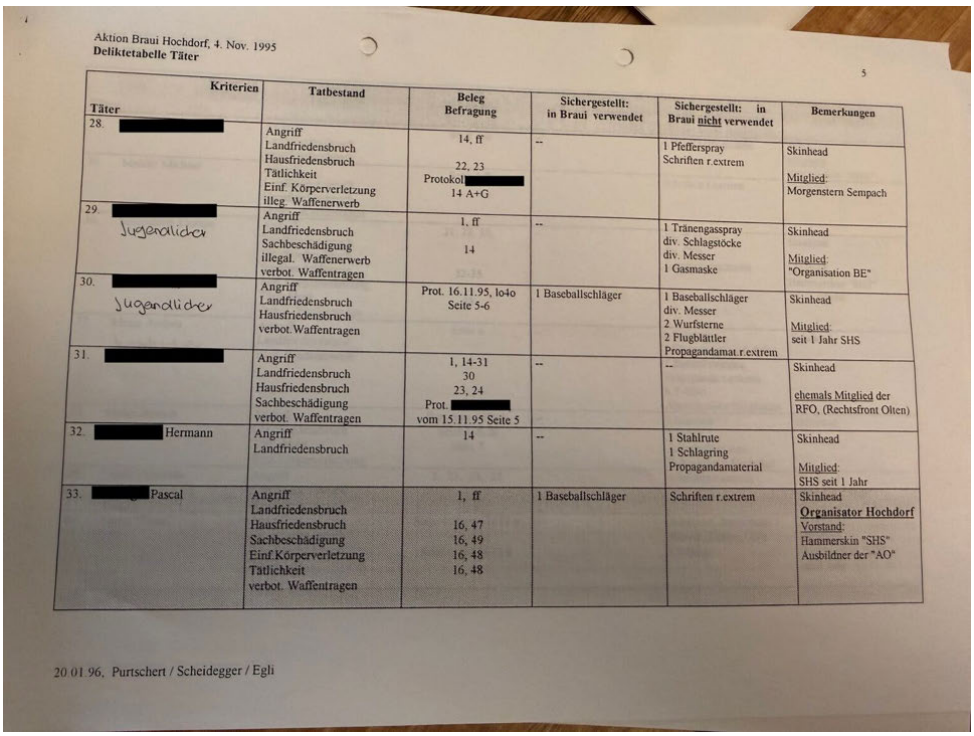
Kantonspolizei Thurgau

Chemikalienverzeichnis der Thurgauer Polizei. Am Rand notiert ein Beamter: «geeignet für Sprengstoff», «für Schwarzpulver». Letzter Posten, im Schlafzimmer: eine Feldflasche, «angeblich Schnaps». | © Archiv Hans Stutz

«Nach diesem Schlag ging ich zu Boden»

Vor dem Amtsstatthalteramt Hochdorf erzählte Thomas S. im Mai 1996, wie er den Abend erlebt hatte: «Vom Parkplatz her sind wir in Gruppen zum Areal der Brauerei gegangen. Ich ging ca. in der Mitte. Als unsere Leute dann losstürmten, befand ich mich im vorderen Teil der Gruppe.» Er sei bis in den Vorraum des Konzertsaals vorgedrungen. «Dort habe ich einen Schlag in die Eier erhalten. Ich weiss nicht, ob dieser Schlag von einer Person kam oder ob einer der Kollegen mit einem Schlaginstrument ausholte und mich dabei traf. Nach diesem Schlag ging ich zu Boden.» Dann hiess es, man solle sich zurückziehen. Darauf habe er das Gebäude verlassen.

Thomas S. war mit einem Stahlrohr bewaffnet, das er von zuhause mitgebracht hatte. Er trug eine schwarze Sturmhaube. Auf die Frage nach weiteren Waffen sagte er: Er habe gesehen, dass Leute von ihnen Baseballschläger und andere Holzprügel trugen. Auch Ketten habe er gesehen.
Auf die Frage «Vorhalt Angriff Art. 134 StGB, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch – Sie haben sich als Mittäter der Begehung dieser Straftaten schuldig gemacht. Was sagen Sie dazu?» sagte der Thurgauer: «Kenntnis genommen. Ich war dabei und muss die Mitverantwortung tragen.»
Das Kriminalgericht Luzern sprach ihn am 14. November 1997 des Angriffs, der mehrfachen einfachen Körperverletzung, der mehrfachen Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs schuldig. Es verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis, bedingt auf zwei Jahre, und zu 1000 Franken Busse. Vom Vorwurf, mit den Chemikalien und Böllerbüchsen Sprengstoff hergestellt zu haben, sprach es ihn frei. Es liess sich nicht belegen.



Aktion Braui Hochdorf, 4. Nov. 1995
Deliktetabelle Täter

5

Täter / Kriterien	Tatbestand	Beleg Befragung	Sichergestellt: in Braui verwendet	Sichergestellt: in Braui nicht verwendet	Bemerkungen
28. [redacted]	Angriff Landfriedensbruch Hausfriedensbruch Tätlichkeit Einf. Körperverletzung illeg. Waffenerwerb	14, ff 22, 23 Protokoll [redacted] 14 A+G	--	1 Pfefferspray Schriften r.extrem	Skinhead Mitglied: Morgenstern Sempach
29. [redacted] Jugendlicher	Angriff Landfriedensbruch Sachbeschädigung illegal. Waffenerwerb verbot. Waffentragen	1, ff 14	--	1 Tränengasspray div. Schlagstöcke div. Messer 1 Gasmaske	Skinhead Mitglied: "Organisation BE"
30. [redacted] Jugendlicher	Angriff Landfriedensbruch Hausfriedensbruch verbot.Waffentragen	Prot. 16.11.95, lo4o Seite 5-6	1 Baseballschläger	1 Baseballschläger div. Messer 2 Wurfsterne 2 Flugblättler Propagandamat.r.extrem	Skinhead Mitglied: seit 1 Jahr SHS
31. [redacted]	Angriff Landfriedensbruch Hausfriedensbruch Sachbeschädigung verbot. Waffentragen	1, 14-31 30 23, 24 Prot. [redacted] vom 15.11.95 Seite 5	--	--	Skinhead ehemals Mitglied der RFO, (Rechtsfront Olten)
32. [redacted] Hermann	Angriff Landfriedensbruch	14	--	1 Stahlrute 1 Schlagring Propagandamaterial	Skinhead Mitglied: SHS seit 1 Jahr
33. [redacted] Pascal	Angriff Landfriedensbruch Hausfriedensbruch Sachbeschädigung Einf.Körperverletzung Tätlichkeit verbot. Waffentragen	1, ff 16, 47 16, 49 16, 48 16, 48	1 Baseballschläger	Schriften r.extrem	Skinhead **Organisator Hochdorf** Vorstand: Hammerskin "SHS" Ausbildner der "AO"

20.01.96, Purtschert / Scheidegger / Egli

Deliktetabelle, Seite 5: Pfefferspray, Schlagstöcke, Schlagring, Wurfsterne, sichergestellt bei den Tätern 28 bis 33, darunter die Haupttäter Pascal L. und Hermann L. | © Archiv Hans Stutz

Eine Stahlrute, ein Messer, ein Morgenstern

Hans Stutz, ein Luzerner Journalist und Experte für Rechtsextremismus, auf dessen Archiv sich diese Recherche stützt, sagte mir, als ich mich in seinem Büro durch meterhohe Stapel von Unterlagen arbeitete: Der Vorwurf von linker Seite an die Behörden, auf dem rechten Auge blind zu sein, sei mit Blick auf die Hochdorf-Ermittlungen nicht zutreffend gewesen.

Die rechtsextremen Skinheads hätten es der Polizei leicht gemacht: In den Wochen nach dem Überfall klopfte die Polizei an Türen in Amriswil, Bürglen, Sonterswilen, Bülach, Schönenwerd, Bern, Luzern und einem Dutzend anderer Orte in acht Kantonen. Überall öffneten junge Männer, die zuerst leugneten, dabei gewesen zu sein, die alle nach und nach einknickten, und dann die Namen ihrer Kollegen ausplauderten.

In den Wohnungen fanden die Beamten neben Pistolen, Gewehren und Handgranaten auch Waffen, die beim Überfall verwendet worden waren: Eine Stahlrute. Einen Schlagring. Nunachakus, zwei kurze Stöcke, verbunden durch eine Kette. Einen abgesägten Hockeystock. Baseballschläger. Vier Schlagstöcke. Eine Pistole und Munition. Ein Messer. Einen Morgenstern.



Die Auslage der Polizei nach Hochdorf: Schrotflinten, Pistolen, Handgranaten, die «Fredy-Krüger-Hand» von Thomas S. und, sauber aufgereiht wie im Heimatmuseum, die Propaganda mit Hakenkreuzen. Die Schlag- und Stichwaffen liegen auf dem Nebentisch. © Screenshot SRF

Göhring im Ford Granada

Thomas S. erwähnte den Beamten gegenüber einen Mann mit dem Spitznamen Göhring. Göhring habe ihn in seinem Ford Granada mit Zürcher Kennzeichen von Zürich nach Hochdorf gefahren, vier weitere Personen im Wagen. Die Polizei fand Göhring. Göhring nannte wieder andere. Und bald war die ganze Truppe aufgeflogen.
Allein Christian B., ein Landschaftsgärtner aus dem thurgauischen Sommeri, lieferte auf die Frage nach Mittätern 16 Namen mit Wohnort und Spitznamen. Am Schluss sagte er: «Im Moment kommen mir keine weiteren Namen mehr in den Sinn. Ich kenne aber sicher nicht alle Namen der Beteiligten.»
Die Kantonspolizei Luzern fasste das Ergebnis in einem Dokument vom 20. Januar 1996 auf neun Seiten zusammen, in einer ‹Deliktetabelle. Gewaltaktion Braui Hochdorf, 4. November 1995.› Das Fazit: 57 Täter aus acht Kantonen. Vorwurf: Angriff, Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Körperverletzung, verbotenes Waffentragen. Bei fast jedem stand unter ‹Bemerkungen›: ‹Skinhead›.

‹Sommer, Sonne, Remigration› – die Serie

Diese Serie erzählt von der rechtsextremen Szene in der Schweiz und ihren Akteuren, von den Achtzigerjahren bis heute. Wer die rechtsextreme Gruppe ‹Junge Tat› für einen Internet-Flashmob hält, unterschätzt die Rolle, die vor allem Manuel Corchia mit seinen Videos in der Identitären Bewegung und damit in der extremen Rechten spielt. Wer seinen österreichischen Kollegen Martin Sellner für einen Spinner am Rand hält, übersieht, dass dieser junge Mann den Begriff Remigration, 2023 in Deutschland zum «Unwort des Jahres» gekürt, aus der Nische geholt hat. Das Weisse Haus benutzt ihn inzwischen. Rechte Parteien in halb Europa benutzen ihn. Auf der Plattform X ist ‹Remigration› im rechten Diskurs allgegenwärtig.
‹Sommer, Sonne, Remigration› fragt, was Sellner tatsächlich will und welche Rolle der Winterthurer Manuel Corchia dabei spielt. Um diese Gegenwart zu verstehen, geht die Serie zurück in die Vergangenheit: zu Jürg Frischknecht, dem Journalisten, dessen Recherchen zum Schweizer Rechtsextremismus bis heute massgebend sind, versammelt in seinem Buch ‹Schweiz wir kommen›, das man heute nicht mehr in der ursprünglichen Art auflegen könnte, weil darin viele Namen stehen, die nicht mehr an die Öffentlichkeit gehören. Sein Privatarchiv liefert den historischen Unterbau für mehrere Kapitel. Das letzte Kapitel stützt sich auf das Archiv eines anderen Chronisten: des Luzerner Journalisten Hans Stutz, der die Szene seit den Achtzigerjahren beobachtet und dokumentiert.
Wie gross der Unterschied zwischen damals und heute ist, zeigt sich schon im Auftreten: Sie kamen früher mit Hitlergruss und dem Kofferraum voller Schusswaffen. Sie kamen besoffen am Samstagabend, auf der Suche nach einer Schlägerei im Zürcher Niederdorf. Sie jagten Menschen anderer Hautfarbe durch die Strassen und legten Brände. Die Generation, die heute kommt, die sich zur Identitären Bewegung zählt, tut nichts davon. Sie kommt geschniegelt und betont, Gewalt nur zur Selbstverteidigung anzuwenden. Sie kommt mit Videos auf der Plattform X und auf Telegram, mit Demonstrationen und Kundgebungen und Flashmobs und mit einem sehr klaren politischen Programm und einem Wort, das sie überall wiederholt: Remigration.
Die Recherche stützt sich auf Gerichts- und Polizeiakten, Jahresberichte der Bundespolizei, Material des Schweizerischen Sozialarchivs und weiterer Institutionen, auf zeitgenössische rechtsextreme Schriften und Videos, Interviews, Telegram-Chats.



Via X

Macgregor: Selensky wird von britischen Kräften an der Macht gehalten – welche Rolle spielen SAS und MI6 in Kiew?

uncut-news.ch, November 3, 2026

Der pensionierte US-Oberst Douglas Macgregor erhebt einen weitreichenden Vorwurf: Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky halte sich nach seiner Einschätzung nicht aus eigener politischer Stärke an der Macht, sondern werde massgeblich durch britische Kräfte geschützt und gestützt. Macgregor spricht dabei ausdrücklich von Personen aus dem Umfeld des britischen Special Air Service (SAS) und des Auslandsgeheimdienstes MI6.

«Selensky wird im Wesentlichen von Söldnern an der Macht gehalten – hauptsächlich von der britischen SAS und MI6», erklärte Macgregor in einem aktuellen Auftritt. Diese Kräfte würden Selenskyj schützen und eine Art abgeschirmte Realität um ihn herum aufrechterhalten, wodurch nach aussen der Eindruck einer funktionierenden und souveränen Regierung in Kiew entstehe. Gleichzeitig beschreibt Macgregor die Ukraine als ein Land, das wirtschaftlich, militärisch und gesellschaftlich schwer zerstört sei.

Die Aussage ist brisant, fällt aber nicht aus dem Nichts. Bereits im September erklärte Macgregor in einem Gespräch mit dem norwegischen Professor Glenn Diesen, der britische Geheimdienst MI6 spiele gemeinsam mit amerikanischer Unterstützung eine entscheidende Rolle bei der Stabilisierung der ukrainischen Führung. Wörtlich sagte er damals, MI6 sei «instrumental in holding this government together» – nehme man London und den MI6 aus der Gleichung, könne die Regierung in Kiew seiner Einschätzung nach sehr schnell zusammenbrechen.

Macgregors Einschätzung verdient Aufmerksamkeit, weil er kein aussenstehender Kommentator ohne militärischen Hintergrund ist. Er diente 28 Jahre in der US-Armee, war Oberst, kämpfte im Golfkrieg, arbeitete im NATO-Hauptquartier SHAPE und war während der ersten Trump-Regierung Senior Advisor des US-Verteidigungsministers. Das US-Aussenministerium bezeichnete ihn bei seiner früheren Nominierung zum Botschafter in Deutschland als ausgewiesenen Experten für Militärstrategie und Streitkräftestrukturen.

Gerade seine frühere Tätigkeit auf hoher Ebene im Pentagon und innerhalb der NATO macht seine Aussagen politisch relevant. Sie beweist allerdings nicht automatisch, dass seine konkrete Darstellung über SAS und MI6 zutrifft. Einen öffentlich zugänglichen Nachweis dafür, dass britische Spezialeinheiten Selensky persönlich bewachen oder ihn im wörtlichen Sinn ‹an der Macht halten›, gibt es bislang nicht.

Dass Grossbritannien tief in den Ukraine-Krieg eingebunden ist, steht dagegen ausser Frage. London gehört seit Beginn des Krieges zu den wichtigsten militärischen Unterstützern Kiews, liefert Waffen, bildet ukrainische Soldaten aus und arbeitet eng mit den ukrainischen Sicherheitsstrukturen zusammen. Macgregors These geht jedoch deutlich darüber hinaus: Er behauptet, die britische Rolle sei nicht nur militärische Unterstützung, sondern ein entscheidender Faktor für das politische Überleben der derzeitigen Führung in Kiew.

Bemerkenswert ist auch, dass Macgregor diese Einschätzung wiederholt und nicht lediglich als spontane Bemerkung geäussert hat. Bereits Wochen vor seiner aktuellen Aussage erklärte er, Washington habe offenbar weniger Kontrolle über die ukrainische Führung als London. Er stellte dabei ausdrücklich die Frage, ob Grossbritannien möglicherweise bereits nach einer Alternative zu Selensky suche, sobald dieser politisch nicht mehr benötigt werde.

Damit berührt Macgregor eine der sensibelsten Fragen des Ukraine-Krieges: Wie souverän handelt die Regierung in Kiew tatsächlich – und welchen Einfluss besitzen jene westlichen Staaten und Geheimdienste, von deren Waffen, Geld, Aufklärung und politischer Unterstützung die Ukraine abhängig ist?

Für Macgregor ist die Antwort eindeutig. Seiner Einschätzung nach ist der britische Einfluss so weitreichend, dass ohne die Unterstützung aus London das gegenwärtige Machtgefüge in Kiew kaum bestehen könnte.

Belegt ist diese konkrete Schlussfolgerung bislang nicht. Doch sie stammt von einem ehemaligen hochrangigen US-Militär und Pentagon-Berater, der seit Jahren Zugang zu westlichen Militär- und Sicherheitskreisen hatte und dieselbe Einschätzung inzwischen mehrfach öffentlich vertreten hat.

Sollte Macgregor mit seiner Darstellung auch nur teilweise richtig liegen, würde dies ein völlig anderes Licht auf die politische Entscheidungsfreiheit Kiews und auf die Rolle Grossbritanniens im Ukraine-Krieg werfen.

Quellen: Aktuelle Aussage vom 30. Oktober 2026: Macgregor wird mit der Behauptung zitiert, Selenskyj werde „im Wesentlichen“ von britischen Kräften aus dem Umfeld von SAS und MI6 an der Macht gehalten. ИноСМИ
InoSMI – Macgregor: Selenskyj wird von britischen Kräften gestützt MiraNews – Macgregor über SAS und MI6
Frühere, klar dokumentierte Aussage vom 16. September 2026: Im Gespräch mit Glenn Diesen sagt Macgregor wörtlich, MI6 sei zusammen mit CIA/USA „instrumental in holding this government together“
und ohne London würde die Regierung in Kiew „pretty quickly“ fallen. Fudgie
Quelle: https://uncutnews.ch/macgregor-selenskyj-wird-von-britischen-kraeften-an-der-macht-gehalten-welche-rolle-spielen-sas-und-mi6-in-kiew/

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.
7.11.2026



Die SRG unter Dauerbeschuss der Israel-Lobby: Die Online-Plattform Swissinfo verliert fast die Hälfte des Budgets © KI-Bild/Offroad Reports

Journalismus im antisemitischen Minenfeld

Bei der SRG geht die Angst um: Die ständig drohende Antisemitismus-Keule hat schwerwiegende Folgen für Programm und Personal.

Gabriela Neuhaus

Seit Jahren steht die Berichterstattung aus dem Nahen Osten, insbesondere wenn es um Israel und Palästina geht, im Visier von zionistischen Pressure-Groups. In der Schweiz und in vielen anderen Ländern des sogenannten freien Westens, haben diese Kreise ihren Druck auf Politiker:innen und Medienschaffende nach dem 7. Oktober 2023 noch einmal erhöht: Wer sich nicht eins zu eins dem israelischen Narrativ beugt, wird mit Antisemitismusklagen eingedeckt und eingeschüchtert.
Gut organisiert, unterstützt von gut vernetzten Medienprofis und Anwälten, oft getarnt als gemeinnützige Organisationen mit dem Zweck, das ahnungslose Schweizer Volk aufzuklären, ist diese Lobby bei uns täglich am Werk.

Leiterin der SRF-Auslandredaktion ‹wegbefördert›

So stand etwa Susanne Brunner, bis vor wenigen Wochen Leiterin der Auslandredaktion und des Korrespondenten-Netzes von Radio SRF, wegen ihrer Berichterstattung über den Israel-Palästinakonflikt unter Dauerbeschuss. Ihre gut fundierten Beiträge, in welchen die erfahrene Journalistin und langjährige Nahost-Korrespondentin vielfältige Stimmen aus allen Lagern zu Wort kommen liess und das Leiden der Menschen vor Ort thematisierte, war den Israel-Freund:innen hierzulande ein Dorn im Auge.
Als Speerspitze gegen Medien und Journalist:innen, die sich erlauben, die israelisch-zionistische Politik infrage zu stellen, dient das vom nimmermüden Israel-Lobbyisten Sacha Wigdorovits gegründete gemeinnützige(!) Propaganda-Vehikel ‹Audiatur-online›, dessen Schreibpersonal nicht müde wurde, Susanne Brunner und ihre Arbeitgeberin SRG zu diffamieren und der Verbreitung von Antisemitismus zu bezichtigen.
Diese Taktik ist aufgegangen: Susanne Brunner, 2024 zur ‹Journalistin des Jahres› gekürt und Ende September 2026 von der Universität Freiburg für ihren «professionellen, engagierten und mutigen Radiojournalismus» mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet, wurde von einer schwächelnden, angezählten SRG im Rahmen einer Reorganisation auf eine Ersatzbank wegbefördert, was Brunner mit ihrer Kündigung beantwortete.
Doch Susanne Brunner ist beileibe kein Einzelfall. Bereits vor zwei Jahren wurde eine vergleichbare Kampagne losgetreten, mit dem Ziel, die SRG auf israel-gefälligen Kurs zu bringen: Daniel Rickenbacher, ein Historiker und ehemaliger Mitarbeiter der Militärakademie der ETH Zürich, der schon seit 2019 immer wieder auf ‹Audiatur-online› publizierte und sich mit seinen Texten regelmässig als eifriger UNRWA-Gegner und fleissiger Antisemitismus-Ankläger profilierte, hatte sich im Sommer 2024 als freischaffender Autor und Politberater selbstständig gemacht.

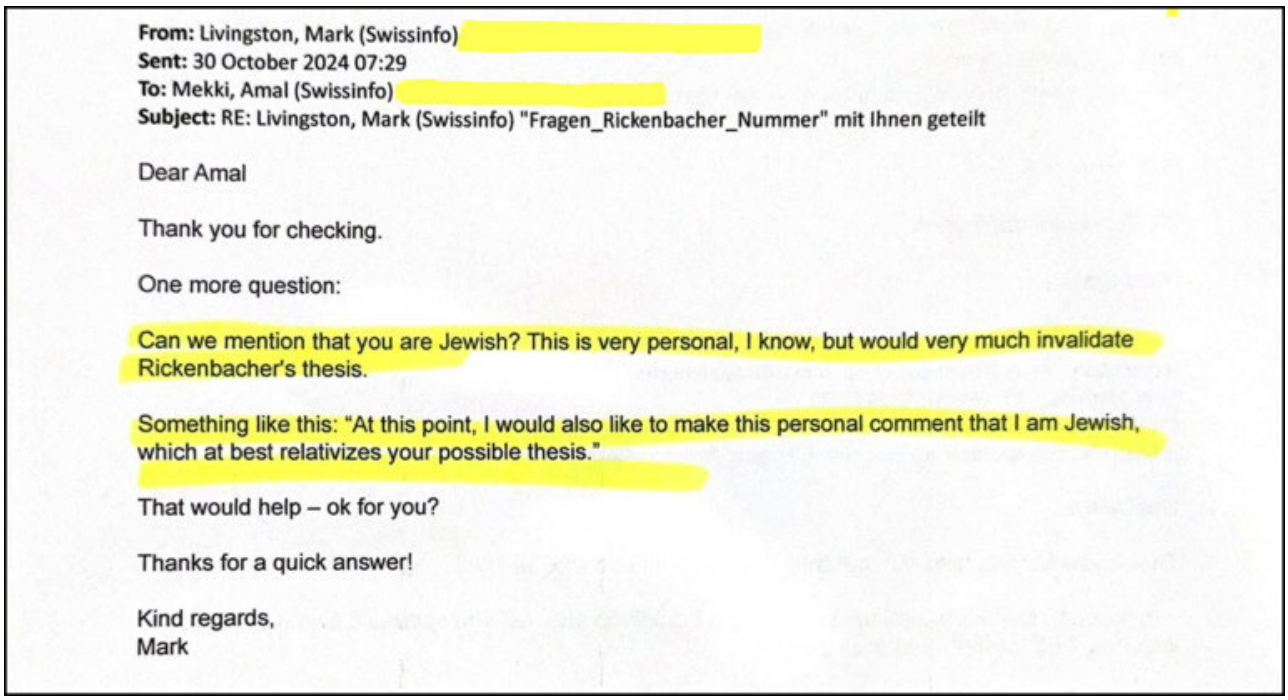
Tunesische Swissinfo-Journalistin im Visier

Ende Oktober 2024 gelangte der Jungunternehmer an die Chefredaktion von SWI swissinfo.ch, der international ausgerichteten Onlineplattform der SRG. Er erklärte, einen Artikel über die arabische Sprachabteilung von Swissinfo zu planen, der in der NZZ publiziert werden sollte. In welche Stossrichtung er mit seiner Re-

cherche zielte, liess sich aus dem Fragenkatalog leicht erkennen: Von den zehn Sprachdiensten bei Swissinfo interessierte er sich einzig und allein für den arabischen und für dessen vermuteten Einfluss auf die Nahost-Berichterstattung des SRG-Auslandnachrichtendienstes.
Dabei zielte Rickenbacher insbesondere auf die damalige Leiterin des arabischen Dienstes, die tunesische Journalistin Amal Mekki, deren Social-Media-Kanäle er zuvor durchforstet hatte. Ihm sei aufgefallen, schrieb er in seiner Mail an die Swissinfo-Chefredaktion, dass Mekki sich wiederholt ‹anti-israelisch, pro-palästinensisch und pro-terroristisch› geäussert habe, indem sie unter anderem Posts geteilt habe, «die sich positiv auf den Hamas-Gründer Ahmed Yassin und die PFLP-Terroristin Leila Khaled bezogen.»
Es handelt sich dabei um Posts, die Amal Mekki lange vor ihrer Anstellung bei Swissinfo abgesetzt hatte, zu deren Publikation sie aber bis heute steht: «Für mich als Tunesierin, deren Grosseltern einst gegen die Kolonialmacht Frankreich gekämpft haben, waren die palästinensischen Freiheitskämpfer Helden», sagt die heute 38-jährige Journalistin. «Menschen, die unter kolonialer Herrschaft oder ausländischer Besatzung stehen, haben laut Völkerrecht das Recht auf Selbstbestimmung und auf Widerstand gegen diese Herrschaft. – Würde ich die alten Posts löschen, käme das einer Verleugnung meiner eigenen Geschichte gleich.»
Während ihrer aktiven Zeit bei Swissinfo hielt sich Mekki stets an die Unternehmensrichtlinien der SRG, die ihren Mitarbeitenden persönliche und politische Kommentare auf Social-Media verbieten. Wer zudem Amal Mekkis journalistische Arbeiten, namentlich ihre Artikel auf Swissinfo, unvoreingenommen unter die Lupe nimmt, kommt zum Schluss: Hier ist eine professionelle Journalistin am Werk, die – im Gegensatz zur Propaganda-Plattform ‹Audiatur-online› – die Anforderungen an eine ausgewogene Berichterstattung voll und ganz erfüllt.
Rickenbachers These, Amal Mekki beeinflusse als palästinafreundliche Leiterin des arabischsprachigen Dienstes die Themensetzung und publizistische Gewichtung der Nahost-Berichterstattung bei Swissinfo, zeigte die mangelnde Faktenkenntnis und die Schlagseite des Investigators und war einfach zu entkräften: Der arabische Dienst bei Swissinfo beschränkt sich zum Grossteil darauf, Beiträge anderer Dienste im Haus für das arabisch-sprachige Publikum zu adaptieren, das heisst, in erster Linie zu übersetzen. Aufgrund der nervösen Ausnahmesituation im Anschluss an den 7. Oktober 2023 wurden zudem sämtliche Artikel zum Konflikt Israel-Palästina eng begleitet und von einem Mitglied der Chefredaktion editiert, so wie das auch NZZ-Chefredaktor Eric Gujer himself in seinem Blatt praktiziert.

Ein unerhörter Vorschlag

Trotzdem scheint Swissinfo-Chefredaktor Mark Livingston – angesichts drohender Budgetkürzungen und im Vorfeld der Abstimmung zur Anti-SRG-Initiative – kalte Füsse bekommen zu haben. Kurz nachdem seine direkt angeschossene Mitarbeiterin Amal Mekki die Antwort der Redaktion an Rickenbacher gegengelesen und ergänzt hatte, schickte er ihr eine Mail, mit einer ungehörigen Frage: «Können wir erwähnen, dass du jüdisch bist?» schrieb Livingston seiner Untergebenen und lieferte ihr auch gleich noch einen Formulierungsvorschlag für ein ‹Geständnis›, das Rickenbachers Thesenjournalismus den Wind aus den Segeln nehmen sollte.



From: Livingston, Mark (Swissinfo)
Sent: 30 October 2024 07:29
To: Mekki, Amal (Swissinfo)
Subject: RE: Livingston, Mark (Swissinfo) "Fragen_Rickenbacher_Nummer" mit Ihnen geteilt

Dear Amal

Thank you for checking.

One more question:

Can we mention that you are Jewish? This is very personal, I know, but would very much invalidate Rickenbacher's thesis.

Something like this: "At this point, I would also like to make this personal comment that I am Jewish, which at best relativizes your possible thesis."

That would help – ok for you?

Thanks for a quick answer!

Kind regards,
Mark

Swissinfo-Chef an seine Mitarbeiterin Amal Mekki: **«Können wir erwähnen, dass Du jüdisch bist?»**
| © Offroad Reports

Im Klartext: Der Swissinfo-Chefredaktor Mark Livingston versuchte, die ihm unterstellte Leiterin des arabischen Dienstes zu einer Lüge anzustiften und verlangte von ihr, dass sie ihre kulturelle Herkunft und Identität verleugnet.

Zuerst kaltgestellt, dann die Kündigung

Amal Mekki lehnte ab. So nahm die Geschichte ihren Lauf: Rickenbacher publizierte am 2. Dezember 2024 einen Artikel in der NZZ (Bezahlschranke), in welchem er eine Breitseite gegen Swissinfo und insbesondere gegen Amal Mekki, die Leiterin des arabischen Dienstes schlug. Obschon der Artikel zahlreiche Fehler enthält und Halbwahrheiten kolportiert, verzichtete die SRG darauf, von der NZZ eine Korrektur oder Gegendarstellung zu verlangen.



Montag, 2. Dezember 2024 **Medien** 29

Neue Zürcher Zeitung

Vermeintliche Schweizer Perspektive von Swissinfo

Der Auslanddienst der SRG betreibt auch ein Programm in arabischer Sprache. Dessen Sicht auf den Nahostkonflikt ist oft sehr einseitig

DANIEL RICKENBACHER

Im September sorgten Sparpläne des Bundesrates für das SRG-Auslandsprogramm Swissinfo für Aufregung. Eine SRG-Sprecherin äusserte in den Tamedia-Zeitungen warnend, ein Ende des Programms wäre «für die Präsenz der Schweiz im Ausland schwerwiegend».

Das heutige Angebot richte sich an die Auslandschweizer, aber auch an ein weltweites Publikum, das sich für die Schweiz interessiere, erklärt der Swissinfo-Chefredaktor Mark Livingston auf Anfrage. Man wolle die Schweiz erklären und Zusammenhänge aufzeigen. «Dies sehen wir als probates Mittel gegen Missverständnisse oder Fake News, die im Ausland zur Schweiz existieren.» Kommuniziert wird in den Landessprachen sowie in sieben weiteren Sprachen.

Für ein arabisches Publikum

Seit 1964 betreibt die SRG auch ein Programm in arabischer Sprache – damals mit dem Ziel, das Prestige der Schweiz zu pflegen. Die drei Journalisten, die heute für den arabischen Kanal berichten, stammen alle aus dem arabischen Raum. Ihre Aufgabe: Neben dem Verfassen von eigenen Artikeln übertragen sie Swissinfo-Artikel ins Arabische. Die meisten Leser der arabischsprachigen Website stammen derzeit aus Ägypten, Saudiarabien und Algerien. Insge-

Israelischer Soldat an der Grenze zum Gazastreifen, November 2024. YASSIL DOMEV / EPA

Je weiter man zurückgeht, desto mehr Sympathien für Terroristen offenbarte Mekki. So postete sie 2012 auf Twitter ein Trauergedicht über das Ableben des Hamas-Gründers Ahmed Yassin. Sie schrieb dazu: «In Trauer über den Herrn der Märtyrer Palästinas, (…) möge ihm Gott gnädig sein.» Unter Yassins Führung verbreitete die Hamas Verschwörungstheorien über Juden und verübte Dutzende von Selbstmordanschlägen. Hunderte Menschen starben.

Mekki ist keine Islamistin. Aber sie verbreitet einen radikalen Diskurs, der in der arabischen Welt Mainstream ist. Mit der Immigration wird dieser auch in die hiesigen Medien und Universitäten getragen, wie spätestens seit dem 7. Oktober offensichtlich ist. Auf Anfrage betont Amal Mekki, dass ihre Äusserungen in den sozialen Netzwerken «weit» zurücklägen, vor ihrer Zeit bei Swissinfo. Ihre persönliche Haltung tue nichts zur Sache, sie lasse

Irans Botschafter in der Schweiz spricht im Interview von einem «israelischen Besatzungsregime».

Artikel in der NZZ: Breitseite gegen Swissinfo und die Leiterin des arabischen Dienstes, Amal Mekki

Statt sich entschlossen hinter die verunglimpfte Mitarbeiterin zu stellen, wählten die SRG-Verantwortlichen das Stillschweigen. Eine grosse Geschichte über die Entwicklung der Schweizer Nahostpolitik unter Aussenminister Cassis, für die Amal Mekki seit drei Monate recherchiert hatte und die von der Qualitätssicherungsstelle bereits gutgeheissen worden war, verschwand auf Geheiss von Chefredaktor Livingston in der Schublade.

Nicht der NZZ-Artikel habe bei ihr zum Zusammenbruch geführt, sagt Amal Mekki, die in der Folge vom Arzt krankgeschrieben wurde. «Es war die Reaktion meiner Kollegen und Kolleginnen, die Art und Weise, wie man mir in den Rücken gefallen ist – und, dass so etwas in der Schweiz möglich ist.» In Tunesien sei sie in ihrer journalistischen Arbeit nicht einmal während der Diktatur solchem Druck ausgesetzt gewesen, so Mekki, die 2021 in der Schweiz geheiratet hat und in Bern lebt.

Ende April 2026 erhielt sie von Chefredaktor Mark Livingston die Kündigung per 31. Juli 2026. Der arabische Dienst von Swissinfo wird seit Dezember 2024 bis heute ad interim von der Leiterin des Bereichs ‹Sprachen international› geführt.

«Ich bin Journalistin geworden, um jenen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden – und weil mir Meinungsfreiheit und Demokratie am Herzen liegen», begründet Amal Mekki ihren Schritt, nun mit der eigenen Geschichte an die Öffentlichkeit zu treten und ergänzt: «Ich erzähle heute meine Geschichte, weil ich nicht möchte, dass noch mehr Journalistinnen und Journalisten zum Schweigen gebracht werden, nur weil sie sind, wer sie sind, oder für das eintreten, wofür sie stehen. Ich weigere mich aber gleichzeitig zuzulassen, dass meine Erfahrungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk instrumentalisiert werden, insbesondere in einer Zeit, in der dieser ohnehin schon gefährdet ist. Ich glaube an den unabhängigen öffentlich-rechtlichen Journalismus und möchte, dass er den Prinzipien gerecht wird, für die er steht.»

SRG will sich zur ‹Affäre Mekki› nicht äussern

Die SRG hingegen schweigt weiter: Unsere direkte Anfrage für eine Stellungnahme leitete Swissinfo-Chefredaktor Mark Livingston an die Medienstelle weiter, die sich damit begnügte, sämtliche konkreten Fragen

mit allgemeinen Floskeln zu beantworten. Es handelt sich dabei um die gleiche nichtssagende Standardmail, wie sie bereits die Lausanner Informations-Plattform ‹Antithèse› erhalten hat, welche die ‹Affäre Mekki› Mitte Oktober 2026 in der Romandie publik gemacht hat.



Leuenberger, Nik
AW: Fragen betreffend Antithèse-Geschichte
An: offroadreports Kopie: SRG SSR Medien Médias Media
Vorgestern um 16:55
Mail vom 3. November 2026

Sehr geehrte Frau Neuhaus

Danke für Ihre Fragen an Mark Livingston, welche er uns zur Beantwortung weitergeleitet hat.

Sie werden verstehen, dass sich die SRG insbesondere aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes grundsätzlich nicht zu einzelnen Personalfällen äussert. Als Arbeitgeberin verfügt die SRG über etablierte Verfahren und Anlaufstellen für ihre Mitarbeitenden und nimmt ihre Verantwortung in diesem Bereich wahr. In dem von Ihnen erwähnten Beitrag fehlen zudem wichtige Kontextinformationen.

Grundsätzlich möchten wir zur Arbeitsweise von Swissinfo folgendes festhalten:
Die arabische Redaktion ist Teil der mehrsprachigen Redaktion von SWI. Sie produziert zum Teil eigene journalistische Inhalte, die auch in anderen Sprachen verwendet werden können, und übersetzt bzw. adaptiert zu einem grösseren Teil Beiträge anderer Sprachredaktionen für das arabischsprachige Publikum. Die Journalist:innen können eigene Themen und Perspektiven einbringen.
Für die arabische Redaktion gelten dieselben publizistischen Leitlinien und Qualitätsstandards wie für alle anderen Sprachredaktionen. Bei der Berichterstattung über den Nahostkonflikt gelten aufgrund der besonderen politischen Sensibilität hohe Anforderungen an Ausgewogenheit, Sachgerechtigkeit, Quellenprüfung und Kontextualisierung.

Danke für Ihr Verständnis, mit freundlichen Grüssen
Nik Leuenberger

SRG SSR

Nik Leuenberger
Mediensprecher | porte-parole | portavoce
Kommunikation & Public Affairs

Die Medienstelle der SRG beantwortet konkrete Fragen zur ‹Affäre Mekki› mit allgemeinen Floskeln | © Offroad Reports

Der ehemalige ‹Audiatur›-Autor Daniel Rickenbacher ist seit Oktober 2025 festangestelltes Mitglied der NZZ-Auslandredaktion. Er bleibt auch in dieser Funktion ein verlässlicher Fürsprecher des israelischen Regimes, der nach bewährter Manier mit seinem Thesenjournalismus unablässig gegen Linke, Muslime und angeblich grassierenden Antisemitismus anschreibt. Er liegt damit voll und ganz auf der Linie der aktuellen NZZ-Ausrichtung.

Swissinfo verliert fast die Hälfte des Budgets

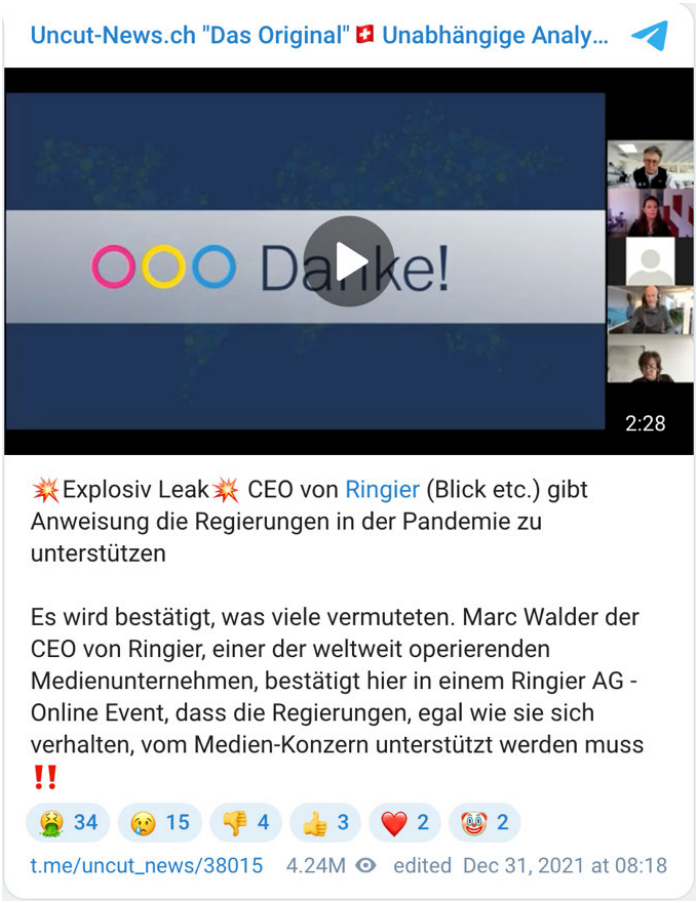
Die langjährige Propaganda gegen die SRG hat diese Woche erneut Wirkung gezeigt: Die vom Bundesrat angestrebte totale Streichung der Subvention für die Auslandangebote der SRG, der sich National- und Ständerat entgegenstellten (!), ist seit dieser Woche zwar vorerst abgewendet, aber durch eine massive Kürzung des Bundesanteils und zusätzlichen grossen Einsparungen von Seiten der SRG erkauft: Mit der neuen Leistungsvereinbarung zwischen dem Bund und der SRG wird das Budget für Swissinfo von rund 19 auf 11 Millionen Franken gekürzt – das entspricht einer Reduktion von 45 Prozent, was einer Abschaffung in Raten gleichkommt. Die Zukunftsaussichten für das geschätzte Schweizer Aushängeschild und sein Publikum auf der ganzen Welt sind zappenduster.



Schweizer Staat gibt den Medien noch mehr Geld – wie unabhängig kann Journalismus dann noch sein?

uncut-news.ch, November 7, 2026, Kommentar von Don

Die Schweizer Medien erhalten noch mehr öffentlich finanzierte Unterstützung. Der Bundesrat hat beschlossen, dass konzessionierte Lokalradios und Regionalfernsehen ab 2027 rund **95 Millionen Franken pro Jahr** aus der Radio- und Fernsehabgabe erhalten – rund neun Millionen mehr als bisher. Hinzu kommen jährlich 1,5 Millionen Franken für journalistische Aus- und Weiterbildung, sechs Millionen für Nachrichten- und audiovisuelle Agenturen sowie bis zu 500'000 Franken für Selbstregulierungsorganisationen wie den Schweizer Presserat.
Bei der Presseförderung fliessen ebenfalls erhebliche öffentliche Mittel. Seit 2026 stehen jährlich **60 Millionen Franken** für die vergünstigte Tageszustellung von Zeitungen und Zeitschriften bereit. Ab 2027 kommen weitere **25 Millionen Franken pro Jahr** für die Frühzustellung hinzu.
Bezahlt wird das letztlich von den Bürgern und Unternehmen – teils über Bundesmittel, teils über die obligatorische Radio- und Fernsehabgabe. Allein diese Abgabe bringt jährlich rund **1,37 Milliarden Franken** ein. Die SRG erhält davon für 2025 und 2026 jeweils rund **1,25 Milliarden Franken**.
Der Bund begründet diese Finanzierung mit ‹Medienvielfalt, Demokratie und Service public›.
Doch genau hier beginnt das Problem.
Medien sollen die politische Macht kontrollieren. Sie sollen Regierung, Parlament, Behörden und internationale Bündnisse kritisch hinterfragen. Gleichzeitig hängen immer grössere Teile des Schweizer Mediensystems direkt oder indirekt von politisch beschlossenen Finanzierungsmechanismen ab.
Das BAKOM selbst stellt fest, dass öffentliche Finanzierung für die SRG und konzessionierte private Radio- und Fernsehveranstalter wichtiger wird, weil Werbeeinnahmen zurückgehen. Der Anteil der Abgabenerträge am Gesamtertrag der SRG ist in den vergangenen Jahren gestiegen.
Damit entsteht ein struktureller Interessenkonflikt.
Es braucht keine Weisung aus Bern, keinen Anruf eines Bundesrats und keinen Zensor in einer Redaktion, damit Abhängigkeit problematisch wird. Wer weiss, dass seine Branche jedes Jahr hunderte Millionen Franken aus politisch geregelten Geldströmen erhält, weiss auch, dass Parlamente und Regierungen über wichtige Teile der finanziellen Grundlage dieses Systems entscheiden.
Wes Brot ich ess, des Lied ich sing – das Sprichwort beschreibt nicht zwingend bewusste Bestechung. Es beschreibt Abhängigkeit. Und diese Abhängigkeit sollte gerade deshalb kritisch betrachtet werden, weil die Schweizer Leitmedien in zentralen geopolitischen Fragen häufig auffallend ähnlich berichten.
Bei Artikeln von grossen Medienhäuser zeigt sich immer wieder dasselbe Muster: Russische Aussagen werden schnell als Drohung interpretiert, russische militärische Anpassungen als Vorbereitung auf eine mögliche Konfrontation mit der NATO beschrieben und westliche Aufrüstung überwiegend als notwendige Reaktion dargestellt. Die NATO erscheint als Verteidiger, Russland als Ausgangspunkt der Eskalation.
Das bedeutet nicht, dass jede einzelne Meldung falsch ist. Es bedeutet auch nicht, dass der Bund Redaktionen anweist, NATO-freundlich zu berichten. Aber wenn grosse Medien bei Krieg, Russland und NATO regelmässig ähnliche Deutungsmuster reproduzieren und gleichzeitig das gesamte Mediensystem immer stärker durch öffentlich geregelte Finanzierung gestützt wird, dann ist die Frage nach tatsächlicher Unabhängigkeit mehr als berechtigt.
Denn Medienfreiheit bedeutet nicht nur, dass Journalisten formal schreiben dürfen, was sie wollen. Medienfreiheit bedeutet auch wirtschaftliche Distanz zur Macht. Ein Medium, das ausschliesslich von seinen Lesern lebt, muss in erster Linie seine Leser überzeugen. Ein Medium, das von Abgaben, Fördergeldern, Zustellsubventionen oder staatlich definierten Konzessionen profitiert, hat zusätzlich einen zweiten mächtigen Bezugspunkt: den politischen Apparat.
Die Verteidiger dieses Systems werden einwenden, staatliche Finanzierung schütze gerade unabhängigen Journalismus vor wirtschaftlichem Druck. Das kann in einzelnen Fällen stimmen. Doch auch das Gegenteil muss diskutiert werden dürfen: **Öffentliche Finanzierung kann wirtschaftliche Abhängigkeit von Unternehmen verringern – und gleichzeitig die Nähe zum Staat vergrössern.**
Gerade in Kriegszeiten wird diese Frage entscheidend.
Wenn Medien Regierungspolitik, Sanktionen, Aufrüstung und NATO-Strategien immer wieder mit nahezu identischen Grundannahmen begleiten, während abweichende Positionen schnell als ‹Propaganda›, ‹Desinformation› oder russisches Narrativ bezeichnet werden, entsteht keine besonders breite Medienvielfalt.
Dann finanziert der Bürger zwar formal unterschiedliche Medien – erhält aber in zentralen geopolitischen Fragen häufig erstaunlich ähnliche Perspektiven.
Man kann das ‹Service public› nennen. Man kann es Medienförderung nennen.
Kritiker werden darin zunehmend ein System sehen, bei dem Bürger über Abgaben und Steuern einen Medienapparat mitfinanzieren, der politische Macht nicht immer mit der Distanz kontrolliert, die man von wirklich unabhängigen Medien erwarten müsste.
Covid lässt grüssen.



Wie unabhängig können Medien gegenüber dem Staat sein,
wenn derselbe Staat immer wichtiger für ihre Finanzierung wird?

Eine freie Presse braucht nicht nur Schutz vor Zensur. Sie braucht auch grösstmögliche wirtschaftliche Unabhängigkeit von der politischen Macht, die sie kontrollieren soll.

***Wir leben übrigens nicht von Staatsgeldern.**

Quelle: admin: Bundesrat stärkt Lokalradios, Regionalfernsehen und Medienförderung
Quelle: https://uncutnews.ch/schweizer-staat-gibt-den-medien-noch-mehr-geld-wie-unabhaengig-kann-journalismus-dann-noch-sein/



Pädophiler Präsident: Trump und Epstein stritten darüber, wer einer 13-Jährigen die Jungfräulichkeit nehmen würde, heisst es in einem neuen Bericht des Repräsentantenhauses

Alan Macleod via MintPress News, November 3, 2026

Ein neu veröffentlichter Bericht des von Demokraten geführten Justizausschusses des Repräsentantenhauses Bericht wirft weiteres Licht auf die enge Beziehung zwischen Präsident Donald Trump und Jeffrey Epstein. Das Dokument mit dem Titel ‹Wir haben gewisse Dinge gemeinsam, Jeffrey: Der gegen Donald Trump in den Epstein-Akten entstehende Fall und die verzweifelten Bemühungen des Justizministeriums, ihn zu vertuschen› stützt sich auf die Aussagen von elf Frauen. Fünf von ihnen behaupteten, Trump habe sie in Anwesenheit des in Ungnade gefallenen Finanziers vergewaltigt oder sexuell missbraucht. Zwei dieser Frauen waren zum Zeitpunkt der mutmasslichen Ereignisse 13-jährige Kinder.
Der Bericht stellt sowohl Trump als auch Paolo Zampolli, den ehemaligen Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten für globale Partnerschaften, als Mitglieder von Epsteins innerem Kreis des Menschenhandels dar. Zudem dokumentiert er, wie Trumps Justizministerium (DOJ) «die Epstein-Ermittlungen zu etwaigen Mitverschwörern aktiv behinderte» und versuchte, die Veröffentlichung der Epstein-Akten zu verhindern, um den Präsidenten zu schützen.
Trotzdem erscheint Trumps Name in den veröffentlichten Epstein-Akten weiterhin rund 38'000 Mal. Epstein selbst behauptete, er habe Trump mit dessen späterer Ehefrau Melania bekannt gemacht und das Paar habe zum ersten Mal an Bord seines berüchtigten ‹Lolita Express›-Jets Sex gehabt. Melania war damals Model bei Zampollis Agentur.

Zahlreiche Frauen melden sich zu Wort

Beatrice Keul – 1993 nahm Miss Schweiz Beatrice Keul in New York an Trumps American Dream Pageant teil. Dort traf sie sowohl den künftigen Präsidenten als auch Jeffrey Epstein. Trump bot an, ihr einen Studienplatz an der New York University zu verschaffen und Zampolli damit zu beauftragen, ihr Visum zu organisieren. Epstein habe sich, so sagte sie, als ‹Dons bester Freund› bezeichnet.
Keul ging zu einer Suite im Plaza Hotel, weil sie dachte, dort finde ein Treffen wegen der NYU statt. Als sie die Suite betrat, habe Trump sie jedoch von hinten gepackt und ‹brutal› vergewaltigt, sagte sie. Dabei habe er ihr Kleid zerrissen und an ihrem Körper Blutergüsse verursacht.
‹Katie Johnson› – (ein Pseudonym) behauptet in einer Klage, Trump habe sie 1994 mehrfach vergewaltigt und sexuell missbraucht, als sie gerade einmal 13 Jahre alt war. Auf einer Epstein-Party in New York sei ihr befohlen worden, sich bis auf die Unterwäsche auszuziehen, Epstein zu massieren und Trumps Penis zu berühren. Trump und Epstein hätten darüber gestritten, wer ihr die Jungfräulichkeit nehmen würde. Epstein sei wütend geworden und habe sie ‹gewaltsam vergewaltigt›, als er herausfand, dass Trump dies bereits getan hatte.
Johnson behauptet ausserdem, Trump und Epstein hätten ihr mit dem Tod gedroht, falls sie sich an die Behörden wende. Sie hätten gesagt: «Wir lassen dich verschwinden wie [Name geschwärzt].»
In einer separaten Beschwerdesagte Johnson, sie habe Trump bei einem anderen Vorfall angefleht, ein Kondom zu benutzen. Daraufhin habe er ihr ins Gesicht geschlagen und geschrien, er «würde tun, was immer er wolle». Nachdem er fertig gewesen sei, habe Trump ihr Geld zugeworfen und geschrien: «Lass verdammt noch mal abtreiben.»
Jane Doe 4 – Eine weitere damals 13-Jährige, die Trump mutmasslich missbrauchte, war Jane Doe 4. Sie sagte dem FBI, sie habe Trump 1983 während des Oralverkehrs gebissen, woraufhin er ihr ins Gesicht geschlagen habe. Epstein habe sie mehrfach nach New York geflogen, wo sie bei «intimen Treffen mit anderen prominenten, reichen Männern» als ‹Frischfleisch› angeboten worden sei. Dort sei sie von diesen Männern «brutal und gewaltsam misshandelt, angegriffen und vergewaltigt» worden.
Stacey Williams – Williams, ein Bademodenmodel von Sports Illustrated, war in den 1990er-Jahren mit Epstein zusammen. Während einer Weihnachtsfeier Trumps im Plaza Hotel habe Trump sie vor Epstein begrapscht, sagte sie. «Seine Hände waren überall auf mir. Sie waren auf meinen Brüsten, auf meinem Hintern, auf, wissen Sie, meinen Hüften, auf und ab», sagte sie. Epstein habe sie dafür beschimpft, dass sie Trump habe anfassen lassen.
Jill Harth – Harth behauptet, Trump habe sie 1993 in das Schlafzimmer seiner Tochter in Mar-a-Lago gedrängt, sie geküsst und begrapscht und daran gehindert, den Raum zu verlassen.
Jane Doe 1 – Im Alter von gerade einmal 14 Jahren brachte Epstein sie zu Trumps Anwesen Mar-a-Lago und sagte zu ihm: «Die ist eine Gute, hm?», worauf Trump «Ja» antwortete. Sie schilderte ausführlich den sexuellen Missbrauch, den sie durch Epstein und andere erfahren hatte, nannte Trump jedoch nicht als einen dieser Täter.
Maria Farmer – Epsteins ehemalige Assistentin behauptet, Donald Trump sei in Epsteins New Yorker Büro auf einschüchternde, ‹räuberische› Weise hineingestürmt, als sie dort war. Dann sei Epstein aufgetaucht und habe Trump gesagt, Farmer sei «nicht für dich», und ihn in einen anderen Raum geführt, in dem Farmer zufolge ein anderes Mädchen wartete. Sie sagte auch, Trump habe erklärt, er «habe gedacht, sie sei 16», obwohl sie damals tatsächlich 25 Jahre alt war.
‹Kate› – Kate (ein weiteres Pseudonym) sagt, Epsteins Partnerin Ghislaine Maxwell habe sie Trump vorgestellt, «in dem klaren Bewusstsein, dass sie für Sex zur Verfügung stand». Zu diesem Sex sei es, sagte sie, nicht gekommen. 1997 veröffentlichte die britische Boulevardzeitung ‹The Sunday Mirror› jedoch eine Ge-

schichte, in der berichtet wurde, wie «Amerikas bekanntester Milliardär Donald Trump dem Zauber einer 20-jährigen Engländerin erlegen ist» (Kate). Zudem hiess es darin, Maxwell habe Trump «mehrere ihrer attraktiven Freundinnen vorgestellt». ‹The Sunday Mirror› gehörte Ghislaine Maxwells Vater, Robert Maxwell, bis zu seinem Tod im Jahr 1991.

Die Realität verschleiern

Viele dieser Anschuldigungen waren bereits öffentlich bekannt. Dass sie nun in einer offiziellen Regierungsveröffentlichung erscheinen, ist jedoch von grosser Bedeutung, insbesondere weil der Bericht zu dem Schluss kommt , es gebe «mehr als genug Beweise» gegen Trump und er «müsse untersucht und strafrechtlich verfolgt werden».

Der Bericht geht auch ausführlich darauf ein, was er als ‹unerbittliche› Vertuschung durch Trumps Justizministerium zum Schutz des Präsidenten bezeichnet. Wie der Bericht festhält, wurden Trump und sein Team bei ihrer vehementen Verteidigung dabei ertappt, ‹dreiste Lügen› über seine Beziehung zu Epstein zu verbreiten.

Zu diesen Lügen zählt laut Bericht Trumps Behauptung, er habe Epstein aus Mar-a-Lago geworfen, nachdem dieser als ‹Widerling› aufgefallen sei. Diese Behauptung, so der Bericht, widerspricht Trump selbst. Ein Dokument aus dem Jahr 2009, das ein Gespräch zwischen Trump, dem Manager seines Anwesens Mar-a-Lago und seinem Anwaltsteam festhält, zeigt, dass Trump zugab und sein Manager bestätigte, Epstein sei «nie aufgefordert worden, das Anwesen zu verlassen». «Dieses Dokument ist in der DOJ-Datenbank weiterhin geschwärzt, in eindeutiger Verletzung des Bundesrechts», hält der Bericht des Repräsentantenhauses fest.

2024 beteuerte Trump auch in den sozialen Medien, er sei «nie in Epsteins Flugzeug gewesen». Flugaufzeichnungen zeigen jedoch, dass er allein in den 1990er-Jahren mindestens achtmal mit dem ‹Lolita Express› geflogen ist.

Darüber hinaus richtet sich der Bericht gegen Trumps Justizministerium, das nach seinen Angaben versucht habe, die Wahrheit zu verschleiern und die Öffentlichkeit daran zu hindern, mehr über den Fall zu erfahren. Um Trumps Beziehung zu Epstein «zu vertuschen», heisst es darin, habe das «DOJ die Ermittlungen zu möglichen Mitverschwörern aktiv behindert, versucht, die Veröffentlichung der Epstein-Akten zu verhindern, und anschliessend einen unvollständigen und stark geschwärzten Bestand veröffentlicht – während es zugleich wichtige Informationen über Trump zurückhielt».

Infolgedessen, so der Schluss des Berichts, habe das DOJ faktisch «all jenen Straffreiheit gewährt, die an diesem jahrzehntelangen, milliardenschweren internationalen Sexhandelsring beteiligt waren, der mehr als 1000 Frauen und Mädchen zu Opfern machte».

Aussichten auf Gerechtigkeit

Der Bericht enthält zahlreiche explosive Anschuldigungen und fordert ausdrücklich eine Sonderermittlung sowie eine Strafverfolgung. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass er zumindest kurzfristig echte Konsequenzen nach sich zieht. Verfasst wurde der Bericht von den Demokraten im Repräsentantenhaus, die im Kongress in der Minderheit sind und ohne Unterstützung einiger Republikaner weder Zeugenaussagen erzwingen noch mittels Vorladungen Dokumente anfordern können. Nur wenige Republikaner haben sich für mehr Transparenz in Bezug auf Epstein ausgesprochen; jene, die es getan haben, etwa Thomas Massie oder Marjorie Taylor Greene, wurden von der Partei angegriffen und an den Rand gedrängt.

Die Aussichten für die Ermittlungen könnten sich drastisch ändern, falls die Demokraten in einer der beiden Kammern wieder die Mehrheit erringen. Es käme jedoch darauf an, dass sie ihre Rhetorik in die Tat umsetzen und den Präsidenten tatsächlich strafrechtlich verfolgen. Historisch gesehen haben die Demokraten wenig Interesse daran gezeigt, einen politischen Bürgerkrieg auszurufen. Hinzu kommen die eigenen Verbindungen des ehemaligen Präsidenten Bill Clinton zu Epstein.

Das Weisse Haus tat den Bericht als «nichts weiter als einen verzweifelten Versuch wahnsinniger Demokraten, die Amerikaner von der wachsenden Dynamik der Republikaner abzulenken, die von den historischen Errungenschaften von Präsident Trump angetrieben wird» ab.

Es bleibt völlig ungewiss, ob Trump infolge dieses Berichts tatsächlich Konsequenzen zu tragen haben wird. Klar ist jedoch, dass seine Beziehung zum berüchtigtsten pädophilen Sexualstraftäter und Menschenhändler der Welt wesentlich enger ist, als vielen bewusst ist.

MintPress News hat die Entwicklung der Epstein-Geschichte aufmerksam verfolgt. Unsere Reihe ‹Zu gross zum Scheitern› beleuchtet Epsteins Verbindungen zu US-amerikanischen und ausländischen Geheimdiensten sowie zur organisierten Kriminalität und zeigt, wie sexualisierte Erpressung zu einem institutionalisierten Instrument des nationalen Sicherheitsapparats wurde.

Anfang dieses Jahres veröffentlichten wir eine Untersuchung über die enge Beziehung zwischen Epstein und dem renommierten Wissenschaftler Noam Chomsky, der Epstein als seinen ‹besten Freund› betrachtete.

Weitere Informationen zu den engen Verbindungen der Familie Maxwell zur US-amerikanischen und israelischen Staatsmacht finden Sie in unserer Untersuchung: «Die CIA, der Mossad und Epstein: Die Geheimdienstverbindungen der Familie Maxwell aufdecken».
Quelle: Pedophile President: Trump & Epstein Argued Over Who would Take 13-Year-Old's Virginity, New House Report States.
Quelle: https://uncutnews.ch/paedophiler-praesident-trump-und-epstein-stritten-darueber-wer-einer-13-jaehrigen-die-jungfraeulichkeit-nehmen-wuerde-heisst-es-in-einem-neuen-bericht-des-repraesentantenhauses/

Jenseits von Netanjahu: Was die israelischen Wahlen für die Palästinenser bedeuten

Ramzy Baroud

In der Vergangenheit verfolgten viele Palästinenser und Araber die israelischen Wahlen aufmerksam.
Dies taten sie nicht, weil sie sich der Illusion hingaben, ein zionistischer Führungspolitiker würde Frieden und Gerechtigkeit bringen, die Besatzung beenden oder illegale Siedlungen räumen. Vielmehr befürchteten sie, dass manche israelische Politiker schlimmer sein könnten als andere. Sie hofften, das schlimmste Szenario abwenden zu können.erscheidung jedoch der Überzeugung, dass sich die israelischen Führungspolitiker im Grunde alle gleichen. Das ist kein Pessimismus – es ist Erfahrung.
Man betrachte beispielsweise den Ausbau illegaler jüdischer Siedlungen während des Oslo-Friedensprozesses unter dem israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin.
Zwischen 1992 und 1995 stieg die Zahl der israelischen Siedler im Westjordanland – Ostjerusalem nicht mitgerechnet – von 111'673 auf 140'235. Laut dem Palästinensischen Zentralamt für Statistik, das sich auf israelische statistische Aufzeichnungen stützt, entspricht dies einem Zuwachs von mehr als 25 Prozent.
Dasselbe Muster setzte sich unter der von der Arbeiterpartei geführten Regierung von Ehud Barak fort.
Bereits in den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit schrieb Baraks Regierung den Bau von 3196 Wohneinheiten in Siedlungen aus – ein Wert, der den Jahresdurchschnitt unter seinem rechtsgerichteten Vorgänger Benjamin Netanjahu sogar übertraf.
Auch als Naftali Bennett im Juni 2021 eine Koalitionsregierung bildete, der unter anderem die arabische Partei Ra'am angehörte, ging der Siedlungsausbau ungebremst weiter.
Nach Angaben der Organisation ‹Peace Now› brachte die Regierung Bennett-Lapid in ihrem ersten Jahr Pläne für 7292 Wohneinheiten in Siedlungen voran – ein Anstieg um 26 Prozent gegenüber dem Jahresdurchschnitt, der unter den vorangegangenen Regierungen Netanjahus verzeichnet wurde.
Die Siedlungen selbst sind eine treibende Kraft hinter der Besatzung. Sie erfordern Land – und damit Landbeschlagnahmungen; sie benötigen Schutz – und damit eine verstärkte militärische Präsenz; sie brauchen Wasser, Strassen und Infrastruktur – und führen so zur Aneignung palästinensischer Ressourcen. Zusammengenommen vertiefen diese Faktoren die Enteignung und provozieren weitere Gewalt seitens Israels.
Nach Angaben des Palästinensischen Zentralamts für Statistik gab es im Westjordanland bis Ende 2025 insgesamt 645 israelische Siedlungsstandorte, Aussenposten und andere Einrichtungen der Besatzung, darunter 350 Siedlungsaussenposten.
Die Palästinensische Kommission gegen Siedlungsbau und Mauerbau berichtete, dass die israelischen Behörden zwischen Oktober 2023 und August 2026 etwa 29'335 Dunum palästinensischen Landes ins Visier nahmen, indem sie es zu sogenanntem ‹Staatsland› erklärten – eine der grössten Wellen derartiger Landaneignungen seit den Oslo-Abkommen.
Bis September 2026 dokumentierte die Kommission zudem die Vorantreibung oder Prüfung von Plänen für mehr als 18'000 weitere Siedlungswohneinheiten im gesamten Westjordanland und im besetzten Ostjerusalem.
Parallel zu dieser Expansion nimmt die Gewalt im gesamten Westjordanland zu.
Das Jahr 2023 war für die Palästinenser im Westjordanland das tödlichste Jahr, seit die UNO im Jahr 2005 mit der systematischen Erfassung von Opferzahlen begann.
Die Kommission gegen Siedlungsbau und Mauerbau verzeichnete allein im Jahr 2025 23'827 Angriffe israelischer Streitkräfte und Siedler auf Palästinenser und deren Eigentum. In den ersten 7 Monaten des Jahres 2026 nahmen die Angriffe durch Siedler im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 63 Prozent zu.
Diese Gewalt, die von der israelischen Besatzungsarmee und bewaffneten illegalen Siedlern ausgeübt wird, wird meist im Kontext des andauernden Völkermords im Gazastreifen betrachtet. Doch die Gewalt im Westjordanland erfüllt – über die kollektive Bestrafung hinaus – noch einen weiteren Zweck: Die Konfiszierung palästinensischer Obstplantagen, die Annexion von Land, den Ausbau von Siedlungen sowie die Niederschlagung des palästinensischen Widerstands, einschliesslich des gewaltfreien Protests gegen dieses koloniale Unterfangen.
Jeder israelische Kandidat bei den Wahlen am 27. Oktober, der den Siedlungsausbau unterstützt, tut dies in vollem Bewusstsein der Konsequenzen: weitere Enteignungen, militärische Besatzung, Annexion und

Gewalt. Der Unterschied zwischen Premierminister Benjamin Netanjahu, Finanzminister Bezalel Smotrich und Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir einerseits und Politikern, die als weniger extrem dargestellt werden, liegt oft lediglich in der Wortwahl, der Strategie und dem Zeitpunkt des Handelns. Der ehemalige israelische Militärchef und Vorsitzende der Partei Jaschar, Gadi Eisenkot, unterstützt beispielsweise offen den Ausbau israelischer Siedlungen im besetzten Westjordanland – ungeachtet seines Rufs als eine eher ‹gemässigte› Alternative zu Netanjahu.

Was wird dann mit Gaza?

Wer unter Israels führenden politischen Persönlichkeiten verspricht, den Völkermord zu beenden, die Blockade aufzuheben, ungehinderte humanitäre Hilfe zu gewährleisten, die Armee zu zügeln oder Verstösse gegen das Völkerrecht untersuchen zu lassen? Niemand.

Israelische Medien berichten seit drei Jahren über erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung, dem Militärapparat, den Geheimdiensten und der politischen Opposition darüber, was in Gaza geschehen soll. Eisenkot hat versprochen, die Herrschaft der Hamas in Gaza innerhalb von 18 Monaten nach seinem Amtsantritt zu beenden – sei es durch den von Trump vorgeschlagenen Rahmen oder durch die Fortsetzung des Krieges. Oppositionsführer und ehemaliger Premierminister Yair Lapid hat vorgeschlagen, Gaza für 15 Jahre unter ägyptische Verwaltung zu stellen – was faktisch darauf hinausläuft, die Verantwortung für Israels Handeln auf arabische Staaten abzuwälzen. Der ehemalige Premierminister Naftali Bennett befürwortet unterdessen eine dauerhafte militärische Kon-trolle durch Israel, bis die palästinensischen Gruppen entwaffnet sind. Der Streit dreht sich also meist darum, wie Israel seine Ziele erreichen soll, nicht darum, ob diese Ziele selbst geändert werden sollten.

Andere zentrale Konfliktpunkte betreffen vor allem die israelische Gesellschaft: die Wehrpflicht für ultraorthodoxe Juden, die Justizreform und die Frage der Verantwortung für das Versagen am 7. Oktober. Doch diese Auseinandersetzungen dürfen nicht mit den Fragen verwechselt werden, die für die Palästinenser von grösster Bedeutung sind.

Sollte es Netanjahu gelingen, erneut eine rechtsgerichtete Koalition zu bilden, werden die Politik der Besatzung, der Siedlungsausbau und die militärische Konfrontation fortgesetzt – möglicherweise sogar mit neuer Dynamik. Sollte eine breiter aufgestellte Koalition zustande kommen, könnten sich deren Mitglieder zwar auf Kompromisse bei der Justizreform, der Wehrpflicht oder anderen innenpolitischen Streitfragen einigen. Die Besatzung dürfte jedoch kaum zum zentralen Streitpunkt werden.

Noch besorgniserregender ist: Selbst eine Regierung, die eher dem Mitte-links-Spektrum zuzuordnen ist, könnte es schaffen, Israel gegenüber der internationalen Gemeinschaft als ein Land darzustellen, das sein während dreier Jahre des Völkermords entstandenes Image hinter sich lassen will – ohne dabei sein tatsächliches Vorgehen vor Ort grundlegend zu ändern.

Die internationale Gemeinschaft muss daher wachsam bleiben. Sie darf nicht zulassen, dass sich eine künftige israelische Regierung als Friedensstifterin inszeniert oder die Illusion eines ‹reformierten› Israels verbreitet, während sie gleichzeitig weiterhin in Siedlungen, Besatzung, Krieg und Völkermord investiert.

erschienen am 2. November 2026 auf > Antiwar.com > Artikel Archiv > Artikel von Ramzy Baroud auf antikrieg.com

Dr. Ramzy Baroud ist Journalist, Autor und Herausgeber des ‹Palestine Chronicle›. Er hat sechs Bücher veröffentlicht. Sein nächstes Buch ‹Before the Flood› erscheint im Seven Stories Press Verlag. Zu seinen weiteren Werken gehören ‹Our Vision for Liberation›, ‹My Father was a Freedom Fighter› und ‹The Last Earth›. Baroud ist Senior Research Fellow am Center for Islam and Global Affairs (CIGA). Er betreibt die Website www.ramzybaroud.net

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_11_02_jenseitsvon.htm



55 Millionen Aufrufe: Tucker Carlsons Warnung sorgt weltweit für Aufruhr und wird innerhalb weniger Stunden millionenfach gelesen

uncut-news.ch, November 2, 2026

Unter dem Druck des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu könnte die Trump-Regierung nur noch wenige Tage davon entfernt sein, einen nuklearen Angriff auf Iran zu starten. Das Ziel wäre der Pickaxe Mountain im Zentraliran, wo der israelische Geheimdienst behauptet, die iranische Regierung habe ihr Programm zur Urananreicherung wieder aufgenommen. Keine konventionelle Waffe im amerikanischen Arsenal kann 300 Fuss massiven Granit durchdringen, um die Tunnel zu zerstören, in denen die Anreicherung angeblich stattfindet. Die einzige militärische Option ist ein nuklearer Angriff. Netanjahu drängt mit aller Kraft darauf. «Bibi ruft Trump deswegen jeden Tag an», sagt ein informierter Beobachter.



Netanjahu ist in die Enge getrieben und verzweifelt. Nach den Wahlergebnissen der vergangenen Woche kann er keine Regierung bilden, es sei denn, Trump greift direkt in die israelische Politik ein und vermittelt ein Abkommen mit anderen Parteien, das Netanjahu 61 Sitze in der Knesset verschafft. Andernfalls ist er als Ministerpräsident am Ende und auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit, zu Ermittlungen und möglicherweise ins Gefängnis. Netanjahu muss Trump nahe bleiben. Er braucht diesen Krieg.
Zu diesem Zweck hat er maximalen Druck auf seine engsten Verbündeten innerhalb der Regierung ausgeübt, darunter Verteidigungsminister Pete Hegseth und CENTCOM-Kommandeur Brad Cooper. Beide lehnen eine ausgehandelte Beendigung des Krieges ab, den sie so schwerwiegend fehlgeleitet haben; beide drängen darauf, die gross angelegten Kampfhandlungen wieder aufzunehmen. Aussenminister Marco Rubio und CIA-Direktor John Ratcliffe folgen ebenfalls Netanjahus Linie, ebenso wie die Führung der Demokratischen Partei. Bei einem jüngsten Treffen zu diesem Thema erklärte der ehemalige Präsident Barack Obama, dass er das derzeit in Doha ausgearbeitete Friedensabkommen mit Iran ablehne.
Die übrigen langjährigen Verbündeten der USA im Nahen Osten sind von der Aussicht auf einen weiteren Krieg verängstigt. Am 27. September flog Netanjahu heimlich nach Abu Dhabi, um die Vereinigten Arabischen Emirate für seine Lobbykampagne für einen finalen Angriff auf Iran zu gewinnen. Die Emiratis lehnten ab. Nach acht Monaten Konflikt stehen die Volkswirtschaften der Golfstaaten am Abgrund. Dasselbe gilt für die globalen Energie- und Düngemittelmärkte. Sie werden sich nicht so schnell erholen.
Weltweit gibt es insgesamt etwa 850 Supertanker, die für den Transport von Öl von den Förderländern in den Rest der Welt eingesetzt werden. Allein im Oktober wurden elf davon in der Strasse von Hormus schwer beschädigt. Bei diesem Tempo steht eine globale Depression unmittelbar bevor. Ein nuklearer Angriff würde die Zerstörung radikal beschleunigen. Der radioaktive Fallout einer Bodenexplosion am Pickaxe Mountain würde den Persischen Golf verseuchen und die Wasserversorgung von 100 Millionen Menschen vergiften.
Und das sind nur einige der unmittelbaren Folgen für die Region. Der Rest der Welt ist ebenso gefährdet. Kein anderes Land ausser den Vereinigten Staaten hat jemals eine Atomwaffe im Krieg eingesetzt. Einige würden es gerne tun. Ein amerikanischer Nuklearangriff auf Iran würde einen neuen Präzedenzfall schaffen. Die Russen haben bereits mindestens zwei anderen Regierungen mitgeteilt, dass ein amerikanischer Nuklearangriff auf Iran ihnen freie Hand geben würde, Atomwaffen gegen die Ukraine einzusetzen. Pakistan und Indien wären versucht, dasselbe gegeneinander zu tun, ebenso Nordkorea gegen Seoul. Nach dem ersten Nuklearangriff wäre der Dritte Weltkrieg unvermeidlich. Dieser Krieg wäre kurz und endgültig.
Seit Monaten schlafwandeln wir auf diesen Moment zu. Seit Februar hat die Regierung still und leise Amerikas Nukleardoktrin umgeschrieben, um den Ersteinsatz sogenannter ‹Gefechtsfeld-Atomwaffen› zu erleichtern und damit wahrscheinlicher zu machen. Niemand in Washington, weder in der einen noch in der anderen Partei, scheint sich daran zu stören. Jetzt stehen wir unmittelbar davor.
Aufmerksame Beobachter sagen, Trump werde wahrscheinlich bis zum kommenden Wochenende entscheiden, ob Atomwaffen eingesetzt werden oder nicht. Das wäre der 7. November, also in sechs Tagen. Zu seinen Gunsten muss man sagen, dass er zögert. Im Moment hört Trump auf seinen Vizepräsidenten JD Vance und auf seinen Gesandten und Freund Steve Witkoff, die beide argumentieren, dass ein Abkommen mit Iran möglich sei.
Sie haben recht, auch wenn es nicht einfach sein wird. Die Iraner sind bekanntermassen unter allen Umständen äusserst frustrierende Verhandlungspartner, und Teile dieser Regierung haben sich weiter radikalisiert, seit Ajatollah Ali Chamenei und seine Familie im Februar getötet wurden. Nach Jahrzehnten der Isolation scheinen selbst vergleichsweise gemässigte iranische Politiker verwirrt darüber zu sein, wie Entschei-

dungen im Westen getroffen werden. So ist beispielsweise in Teheran die Ansicht weit verbreitet, dass die Regierung der Vereinigten Staaten Israel kontrolliere.
Insgesamt sagen jedoch Menschen, die mit Entscheidungsträgern in Iran gesprochen haben, dass dort Konsens darüber herrscht, dass ein weiterer Krieg für alle schlecht wäre und dass sich ein Abkommen lohnt.
Eine Gruppe, die bislang nicht konsultiert wurde, ist die Weltbevölkerung – die Hunderte Millionen Menschen, die zusammen mit ihren Kindern getötet werden würden, wenn Trump von Netanjahu dazu gedrängt wird, in der kommenden Woche einen nuklearen Angriff zu starten.
Jetzt wäre der Zeitpunkt für sie, ihre Stimme zu erheben.
Quelle: https://uncutnews.ch/55-millionen-aufrufe-tucker-carlsons-warnung-sorgt-weltweit-fur-aufruhr-und-wird-innerhalb-weniger-stunden-millionenfach-gelesen/

Ein Krieg zwischen der NATO und Russland – auch ohne Atomwaffen – wäre verheerend. Die Amerikaner haben kaum direkte Erfahrungen mit Konflikten auf eigenem Boden.

Ted Galen Carpenter

Befürworter der NATO – sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika – sind entschlossen, den Stellvertreterkrieg des Bündnisses gegen Russland fortzusetzen, ungeachtet der wachsenden Gefahr, dass die derzeit in der Ukraine stattfindende Konfrontation ausser Kontrolle geraten könnte. Auch wenn einige westliche Amtsträger davor warnen, dass der Kreml einen Krieg gegen die NATO plane, gehen die meisten insgeheim davon aus, dass die militärische Überlegenheit des Bündnisses Wladimir Putins Regierung letztlich davon abhalten wird, einen umfassenden Angriff zu starten. Die NATO-Führung scheint zuversichtlich zu sein, dass das Bündnis Moskau – trotz der fortlaufenden militärischen Unterstützung für die Ukraine – davon abhalten kann, das Territorium der NATO-Mitgliedstaaten direkt anzugreifen.
Bislang bereiteten den westlichen ‹Hardlinern› vor allem die feindseligen Aktionen Moskaus unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges Sorgen – schwer nachweisbare ‹hybride› Massnahmen oder Aktivitäten in der sogenannten ‹Grauzone›. Cyberangriffe, das Eindringen von Flugzeugen und Drohnen sowie Sabotageakte gegen die Infrastruktur nehmen zu und geben Anlass zu wachsender Besorgnis. Dennoch gehen NATO-freundliche Analysen davon aus, dass grossangelegte russische Militäroperationen unwahrscheinlich seien, solange der demokratische Westen wachsam bleibe und geschlossen gegen russische Aggressionen vorgehe. Die Argumentation lautet: Eine unzureichende Unterstützung der Ukraine durch den Westen (insbesondere durch die USA) sowie ein Mangel an entschlossener Härte gegenüber Moskau würden diese Abschreckung schwächen.
Eine solche Arroganz ist unangebracht. Der Zorn und die Frustration in Moskau nehmen zu – was sich in den vergangenen Monaten an der steigenden Zahl von Vorfällen im Bereich der ‹Grauzonen›-Konflikte ablesen lässt. Dennoch scheinen politische Entscheidungsträger auf beiden Seiten des Atlantiks kaum darüber nachgedacht zu haben, welche Folgen selbst ein langanhaltender, begrenzter Krieg für ihre eigenen Länder hätte. Die bittere Realität ist: Die Auswirkungen wären im besten Fall höchst destabilisierend – im schlimmsten Fall katastrophal.
Soweit sich Experten überhaupt mit dieser Frage befassen, konzentrieren sie sich meist auf das am wenigsten wahrscheinliche Szenario: einen umfassenden Atomkrieg zwischen Russland und der NATO. Analysten tun dieses Albtraumszenario in der Regel mit dem Hinweis ab, dass die Doktrin der ‹gegenseitig zugesicherten Zerstörung› bereits im Kalten Krieg funktioniert habe und auch heute noch wirksam sei, da die Logik der Abschreckung nach wie vor Bestand habe.
Doch was, wenn die Führung in Moskau oder in der NATO zu dem Schluss kommt, dass ein begrenzter Krieg geführt werden kann, ohne dass eine der beiden Seiten auf die nukleare Option zurückgreifen muss? Militärplaner auf beiden Seiten haben offenbar Simulationen von Szenarien für einen begrenzten Krieg durchgeführt. Sie halten einen solchen Konflikt nicht für so schrecklich, dass er undenkbar wäre. Unabhängige Analysten sind zudem der Ansicht, dass die westliche Öffentlichkeit die Möglichkeit eines Weltkriegs nicht länger ignorieren sollte. Besorgte Bürger in allen betroffenen Ländern, einschliesslich der Vereinigten Staaten, müssen sich mit diesen Möglichkeiten auseinandersetzen.
Abgesehen von Einwanderern aus kriegsgeplagten Ländern haben die allermeisten Menschen, die heute in Amerika oder Europa leben, keinerlei Erfahrung mit dem Ausmass der Zerstörung – oder auch nur eine Vorstellung davon –, die selbst ein begrenzter, nicht-nuklearer Krieg zwischen der NATO und Russland mit sich bringen würde. Die Fernsehzuschauer weltweit bekamen am 11. September 2001 einen flüchtigen Eindruck von einem solchen Albtraum. Doch die unmittelbaren Auswirkungen jenes Angriffs beschränkten sich auf drei Orte, und es gab weniger als 3000 Todesopfer. Zwar wurde der Flugverkehr für Tage eingestellt, der Gütertransport per Lkw und Bahn kam ins Stocken, und der Angriff versetzte die Nation – und die Welt

– in einen schweren psychologischen Schock. Dennoch kehrte das Leben innerhalb weniger Wochen weitgehend zur Normalität zurück.
Die Folgen wären mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weitaus verheerender, sollte ein grösserer Krieg zwischen der NATO und Russland ausbrechen. Die Amerikaner sollten sich vor Augen führen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen es hätte, wenn sich im Westen oder in Russland etwa monatlich ein militärischer Zwischenfall von einem Ausmass ereignen würde, das dem vom 11. September nahekommt. In Kriegsgebieten weltweit ist eine solche Zerstörung – oder gar noch Schlimmeres – an der Tagesordnung. Sind die Zivilbevölkerungen in Amerika oder Europa darauf vorbereitet, sich mit einer solchen Aussicht zu konfrontieren – geschweige denn, die tatsächlichen Folgen solcher Schläge zu verkraften?
In einem konventionellen Krieg zwischen der NATO und Russland könnten Zerstörung, Chaos und Blutvergiessen, wie sie in den vergangenen Jahren im Ukraine-Krieg zu beobachten waren, zum Alltag für Amerikaner und Europäer werden. Abgesehen von vereinzelten Vorfällen haben die Amerikaner seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1865 keine unmittelbaren, verheerenden Auswirkungen von Kriegshandlungen auf die Zivilbevölkerung mehr erlebt. Ein Krieg der NATO gegen Russland würde diese aussergewöhnlich lange Friedensperiode beenden.
Im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts haben die USA zahlreiche Kriege gegen ausländische Gegner geführt. Doch in all diesen Konflikten blieb das amerikanische Staatsgebiet von ernsthaften Angriffen verschont – mit Ausnahme von Pearl Harbor und dem 11. September 2001. Selbst von den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts blieben die Amerikaner weitgehend unberührt. Und die Gegner, gegen die die USA in jüngerer Zeit ins Feld zogen – Nordkorea, Nordvietnam, Serbien, Afghanistan, der Irak und nun der Iran –, verfügten allesamt nicht über die Fähigkeit, einen Grossangriff auf die USA zu starten, geschweige denn eine langfristige Offensive auf amerikanischem Boden aufrechtzuerhalten.
Russland hingegen besitzt die militärischen Mittel, genau dies zu tun. Die zunehmende Verwicklung der NATO in ukrainische Angriffe auf Ziele innerhalb Russlands könnte Moskau zudem einen hinreichenden Anreiz bieten, mit ähnlichen Massnahmen zu reagieren. Die europäischen Bündnispartner – allen voran die baltischen Staaten – sind besonders verwundbar, doch auch die grösseren und einflussreicheren europäischen NATO-Staaten sind nicht vor Vergeltungsmassnahmen gefeit. Dies gilt ebenso für die Vereinigten Staaten von Amerika, zumal beide Seiten die Eskalationsspirale immer weiter nach oben treiben.
Die amerikanische Bevölkerung muss sich die Frage stellen, ob es das Risiko wert ist, die Sicherheit und das Wohlergehen des eigenen Landes – und damit das Leben der eigenen Angehörigen – aufs Spiel zu setzen, nur um die Ukraine weiterhin als Instrument für einen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu nutzen. Angesichts der bedrohlichen Entwicklungen der letzten Monate ist diese Gefahr längst nicht mehr nur ein rein hypothetisches Szenario.
erschienen am 28. Oktober 2026 auf > The American Conservative > Artikel Archiv > Artikel von Ted Galen Carpenter auf antikrieg.com
Dr. Ted Galen Carpenter ist Senior Fellow am Randolph Bourne Institute und am Libertarian Institute. Er ist ausserdem Mitherausgeber des National Security Journal und von The American Conservative. Zuvor bekleidete er 37 Jahre lang verschiedene leitende Positionen im politischen Bereich des Cato Institute. Dr. Carpenter ist Autor von 13 Büchern und über 1600 Artikeln zu den Themen Verteidigung, Aussenpolitik und Bürgerrechte. Sein neuestes Buch trägt den Titel ‹Unreliable Watchdog: The News Media and U.S. Foreign Policy› (2022).
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_11_04_einkrieg.htm

UNO-Bericht dokumentiert israelische Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Ausrottung, Vergewaltigung und Folter. Die von der UNO eingesetzte Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass Israels völkermörderische Handlungen letztlich darauf abzielen, «jegliche tragfähigen Versuche zur Verwirklichung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung zu blockieren».

Brett Wilkins

Eine von den Vereinten Nationen beauftragte Untersuchungskommission veröffentlichte am Montag einen Bericht, in dem israelische Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten detailliert dargelegt werden. Zudem wird darin bestätigt, dass der von Israel im Gazastreifen verübte Völkermord – trotz eines nominell seit einem Jahr bestehenden Waffenstillstands – unvermindert andauert. «Israel hat in den besetzten palästinensischen Gebieten Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen – darunter Ausrottung, Verfolgung, Folter, Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt. Dabei wurden gezielt palästinensische Zivilisten ins Visier genommen, während Israel gleichzeitig den Völkermord im Gazastreifen fortsetzt», erklärte das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) in einer Zusammenfassung des 19-seitigen Berichts.

«Im Gazastreifen … begehen israelische Behörden und Streitkräfte auch nach dem sogenannten Waffenstillstandsabkommen weiterhin völkermörderische Handlungen, mit der Absicht, das palästinensische Volk ganz oder teilweise zu vernichten», so das OHCHR in Bezug auf den Bericht. Verfasst wurde dieser von der durch die UNO eingesetzten ‹Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete – einschliesslich Ost-Jerusalems – und Israel›.
«Israelische Streitkräfte haben zudem im Westjordanland – ebenso wie im Gazastreifen – vorsätzlich Kinder getötet sowie ihnen schwere körperliche und seelische Schäden zugefügt; sie üben damit eine altersbezogene Verfolgung gegen palästinensische Kinder aus», heisst es in dem Bericht. In den vergangenen drei Jahren wurden im Gazastreifen mehr als 21'500 palästinensische Kinder getötet, darunter über 1000 Säuglinge.
Die Kommission dokumentierte Fälle von Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch von Palästinensern, unter anderem im berüchtigten israelischen Gefängnis Sde Teiman. Dem Bericht zufolge wurde dort ein Gefangener «mit einem Stock vergewaltigt und gezwungen, diesen in den Mund zu nehmen, bis er sich übergeben musste».
Bereits frühere Berichte – unter anderem von der ‹New York Times› – hatten sexuelle Gewalt gegen palästinensische Gefangene thematisiert. In einem Fall kam ein Mann ums Leben, nachdem er mutmasslich mit einem Elektroschockstab vergewaltigt worden war. Der Bericht der Kommission bestätigt zudem, dass israelische Streitkräfte Aktivisten der ‹Global Sumud›-Flottille – die auf hoher See aufgebracht und nach Israel verschleppt wurden – sexuell missbraucht haben; unter den Betroffenen befand sich ein männlicher Aktivist, der mit einem Metalldetektor vergewaltigt wurde.
Der Bericht erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem die israelischen Streitkräfte eine militärische Abriegelung sowie eine ethnische Säuberung im besetzten Westjordanland verschärfen – einschliesslich Vertreibungen und Hauszerstörungen in Hebron. Dies geschieht nach der Tötung zweier israelischer Soldaten durch Palästinenser, die Widerstand gegen die seit fast einem halben Jahrhundert andauernde Besatzung leisten, kurz vor den israelischen Wahlen am Dienstag.
Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu – gegen den der Internationale Strafgerichtshof wegen mutmasslicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Gazastreifen ermittelt – versucht, vor den Wahlen die Unterstützung für seine rechtsextreme Koalition zu festigen. Netanjahu und weitere hochrangige Amtsträger, darunter Verteidigungsminister Israel Katz, Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir und Finanzminister Bezalel Smotrich, haben angekündigt, Teile des Westjordanlands oder das gesamte Gebiet zu annektieren sowie den Gazastreifen ethnisch zu säubern.
Netanjahu und Mitglieder seines Kabinetts haben zudem erklärt, Israel plane die grösste Militäroperation im Westjordanland seit dessen Eroberung und Besetzung im Sechstagekrieg von 1967. Sowohl die Besetzung als auch die Kolonisierung des Westjordanlands sind nach internationalem Recht illegal.
Seit dem von der Hamas angeführten Angriff im Oktober 2023 wurden im Gazastreifen mehr als 250'000 Palästinenser getötet oder verletzt. Etwa 1,9 Millionen weitere Menschen wurden gewaltsam vertrieben, viele davon mehrfach. Das Vorgehen Israels im Gazastreifen ist Gegenstand eines Verfahrens wegen Völkermords, das von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof angestrengt wurde. Mit einem Urteil ist frühestens 2029 zu rechnen.
Der neue Bericht verdeutlicht, wie drastisch das Ausmass tödlicher Gewalt im Westjordanland zugenommen hat. Zwischen 2008 und dem 6. Oktober 2023 kamen dort sechs Palästinenser bei israelischen Luftangriffen ums Leben; demgegenüber stehen 254 Getötete durch Luftangriffe im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 30. September 2026.
Das OHCHR hat dokumentiert, dass im besetzten Westjordanland – einschliesslich Ost-Jerusalem – zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 9. Oktober 2026 1143 Palästinenser getötet wurden. Mindestens 250 der Getöteten waren Kinder.
«Die vorsätzliche Tötung und Verletzung palästinensischer Zivilisten sowie die Zerstörung von Wohnhäusern im Westjordanland – in Verbindung mit Israels beharrlicher Weigerung, Verantwortung zu übernehmen – sind Teil einer umfassenderen Strategie, die darauf abzielt, Palästinenser auszulöschen und zu vertreiben sowie Lebensbedingungen zu schaffen, die ein Überleben unmöglich machen», erklärte Srinivasan Muralidhar, der Vorsitzende der Untersuchungskommission. «Gleichzeitig führt die Ausweitung der israelischen territorialen Kontrolle im Gazastreifen weiterhin zur Tötung und Schädigung palästinensischer Zivilisten.»
Die Kommission kritisierte zudem die Palästinensische Autonomiebehörde dafür, dass sie gegen Palästinenser vorgeht, die ihre Politik oder ihr Handeln kritisieren. Zudem warf sie ihr vor, es versäumt zu haben, «wirksame und unparteiische Untersuchungen zu Tötungsdelikten durchzuführen sowie für wirksame Abhilfe zu sorgen – einschliesslich finanzieller Entschädigungen für die Opfer und deren Angehörige.»
Dem Bericht zufolge zielen die Massnahmen Israels letztlich darauf ab, jede Möglichkeit für einen unabhängigen palästinensischen Staat zu unterbinden.
«Die Aneignung von möglichst viel Land bei gleichzeitiger Minimierung der palästinensischen Bevölkerung – im Hinblick auf den verfügbaren Raum, die Autonomie und die Lebensfähigkeit – entspringt Israels kolonialer Politik. Sie wurzelt in historischen Praktiken und Handlungsmustern, die zu einem exzessiven und

diskriminierenden Einsatz tödlicher Gewalt führen, durch den über Generationen hinweg Palästinenser vertrieben, verletzt und getötet wurden», erklärte Muralidhar.
«Der Versuch, einen palästinensischen Staat mit einer Bedrohung für die Existenz Israels gleichzusetzen, blockiert jegliche tragfähigen Ansätze zur Verwirklichung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung», fügte er hinzu.
erschienen am 27. Oktober 2026 auf > Antiwar.com
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_11_03_unobericht.htm



USA und EU raten Bürgern, Notvorräte anzulegen

Calvin Freiburger via LifeSiteNews.com, November 2, 2026

Mehrere Länder raten ihren Bürgern, für den Fall nicht näher bestimmter Notfälle Vorräte anzulegen. Dies gibt Anlass zu Spekulationen darüber, was die führenden Politiker der Welt in naher Zukunft erwarten könnten.
Die neue Bereit-sein-Kampagne der britischen Regierung empfiehlt, für den Fall, dass etwas ‹von Unwettern bis hin zu Cyberangriffen› den normalen Alltag stört, Lebensmittel, Wasser, Geld, medizinische Vorräte und andere lebensnotwendige Dinge für drei Tage bereitzuhalten.
Die Vereinigten Staaten unterhalten zwar keine neue Website, aber eine ähnliche namens Ready.gov, die Ratschläge zur Vorbereitung auf extremes Wetter und daraus folgende Stromausfälle, Überschwemmungen oder ähnliche Hindernisse sowie auf Pandemien, Cyberangriffe und andere Notfälle bietet. Das US-Verteidigungsministerium trifft ebenfalls Vorbereitungen damit Militärstützpunkte mindestens 90 Tage lang ohne zivile kommunale Infrastruktur betrieben werden können.
«Japans Ansatz beruht auf Erdbeben: Der Minister für Katastrophenschutz Goshi Hosono sagte, ein dringender Aufruf werde folgen, wenn die neue Katastrophenschutzbehörde des Landes am 2. November ihre Arbeit aufnimmt. Haushalte würden aufgefordert, mindestens drei Tage, idealerweise eine Woche lang, zurechtzukommen», ergänzt CNBC TV18. «Auch die im März 2025 verabschiedete Strategie der Europäischen Union für eine Vorsorgeunion empfiehlt, dass die Menschen mindestens 72 Stunden lang zurechtkommen können.»
«Auch Kanada, Japan, Mexiko und die Niederlande empfehlen ein Notfallset für einen Zeitraum von 72 Stunden», ergänzt ‹Newsweek›. «Andere Länder empfehlen einen längeren Vorbereitungszeitraum: Schweden und Norwegen raten dazu, Vorräte für etwa eine Woche bereitzuhalten, Deutschland empfiehlt Vorräte für bis zu 10 Tage.»
Dan Bongino, Podcaster und ehemaliger stellvertretender FBI-Direktor unter Trump, forderte seine Zuhörer am Montag auf, solche Warnungen zu beherzigen und einen Vorrat für drei Tage ‹für Ihre Familie› bereitzuhalten. (Wie bei vielen konservativen Medienmoderatoren zählt der Notfallnahrungsmittelhersteller My Patriot Supply zu den Sponsoren seiner Sendung.)
Zwar handelt es sich nicht bei allen Empfehlungen um neue Ankündigungen, doch wurden in der vergangenen Woche genügend davon gleichzeitig beachtet, um Spekulationen darüber auszulösen, ob Regierungen weltweit eine bevorstehende Katastrophe erwarten oder ob Medienunternehmen versuchen, aus eigenen Beweggründen Paranoia zu schüren.
Was auch immer der Wahrheit entspricht: Eine Reihe anhaltender globaler Entwicklungen könnte sich zuspitzen – von den weit verbreiteten Spekulationen, die Trump-Regierung könnte nach den Zwischenwahlen

in der kommenden Woche die Feindseligkeiten im Iran wieder aufnehmen, über die Erwartungen, dass sich El Niño in diesem Jahr zu einem ‹Supersturm› verstärken wird, bis hin zu den unbeabsichtigten Folgen der raschen Ausbreitung künstlicher Intelligenz.
Quelle: US and EU warned citizens to stockpile emergency supplies – LifeSite
Quelle: https://uncutnews.ch/usa-und-eu-raten-buergern-notvorraete-anzulegen/



Das Problem hier ist Überbevölkerung

Dani Filth

‹METALSUCKS› 3. November 2020: Cradle of Filth-Anführer Dani Filth war unser Gast in einer kürzlich erschienenen Folge von The MetalSucks Podcast. Dani diskutierte unter anderem mit allen Bandmitgliedern in verschiedenen Teilen der Welt, wie es war, ein neues Album während einer Pandemie aufzunehmen, wie Covid-19 die Unterhaltungsindustrie über die reine Musik hinaus lähmt und welchen kreativen Antrieb er denkt wird der Pandemie für Musik und Kunst folgen.
Auf die Frage, ob die Menschheit jemals aus den selbstsüchtigen Fehlern lernen wird, die die Pandemie viel schlimmer gemacht haben als nötig, hatte Filth einige interessante Gedanken über den Zustand der natürlichen Welt und die Überbevölkerung:
«Ich denke, wir sollten durch unsere Fehler lernen, besonders ökologisch. Die Bevölkerung liegt mir sehr am Herzen. Wir versuchen, all diese kleinen Lücken im Sand zu reparieren, um zu verhindern, dass das Wasser zurückfliesst, aber wir übersehen den Wald vor lauter Bäumen hier. Es wird immer schlimmer und schlimmer und schlimmer und schlimmer.
Und das Problem hier ist die Überbevölkerung. Egal, ob Sie glauben, dass die Natur eine Einheit oder was auch immer ist oder ein Organismus mit Parasiten, sie hat sich in irgendeiner Form revanchiert. Wenn Sie das bildlich oder wörtlich nehmen wollen. Es war eine kleine Auszeit, die gut für die Natur war. Mit Kohlenstoffemissionen, geschlossenen Grenzen usw. usw., aber die Menschen vergessen so schnell, und selbst wenn es sich morgen wieder normalisieren würde, würden die Menschen zu ihren üblichen egoistischen Wegen zurückkehren. Die grossen Unternehmen, die versuchen, so viel Geld wie möglich zu verdienen, Supertrawler, die versuchen, so viel Fisch wie möglich aus dem Meer zu holen, der übliche Mist.
Ich denke also, das grosse Ganze ist, dass wir aus diesen Fehlern lernen müssen. Das ist überhaupt nicht ohne Grund passiert...

Dani Filth on Pandemic: “The Problem Here is Overpopulation”

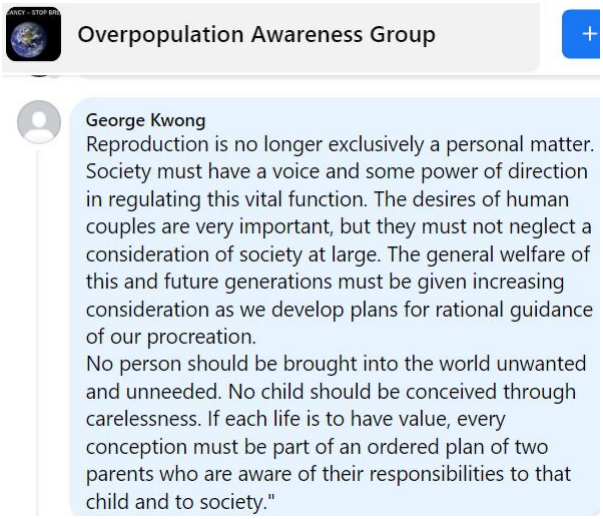
November 3rd, 2020 at 9:24am MetalSucks0

Cradle of Filth leader Dani Filth was our guest on a recent episode of The MetalSucks Podcast. Among other topics, Dani discussed what it was like recording a new album during a pandemic with all the band members living in different parts of the world, how Covid-19 is crippling the entertainment industry beyond just music, and the creative drive that he thinks will follow the pandemic for music and art.
When asked whether humanity will ever learn from the selfish mistakes that made the pandemic much worse than it had to be, Filth had some interesting thoughts to share about the state of the natural world and overpopulation, saying:
“I think we should be learning through our mistakes, especially ecologically. The population is a thing that is really close to my heart. We try to repair all these little gaps in the sand to stop the water running back in but we’re missing the woods for the trees here. It’s only going to keep getting worse and worse and worse and worse.
And the problem here is overpopulation. Whether you believe nature is an entity or whatever, or it’s an organism with parasites on it, it’s retaliated in some form or another. If you want to take that figuratively or

literally. It's been in a little bit of a time-out which has been good for the natural world. With carbon emissions, borders closed, etc., etc., but people are so quick to forget, and even if it went back to normal like, tomorrow, people would be back to their usual selfish ways. The big companies trying to earn as much money as possible, super-trawlers trying to get as much fish out of the ocean as possible, the usual crap. So I think the bigger picture really, is that we do need to learn by these mistakes. This hasn't happened for no reason at all." ...
Quelle/Source: https://www.metalsucks.net/2020/11/03/dani-filth-on-pandemic-the-problem-here-is-overpopulation/
Die Erlaubnis zur Wiederveröffentlichung des Artikels wurde Achim Wolf per E-Mail am 10. September 2021 von Vince Neilstein / Metalsucks erteilt.

Wissen, nicht glauben

Der Mensch muss stets wissen,
dass er die Wirklichkeit und auch
deren Wahrheit kennen soll und
sich einzig darauf, jedoch niemals
in irgendeiner wirren Weise auf
einen Glauben verlassen darf.
SSSC, 13. September 2014,
22.57 h, Billy



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symboles, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der ‹eigenen› Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die ‹Botschaften› der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmässig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

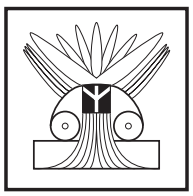


Das existierende und weltweit kursierende falsche ‹Friedenssymbol› mit der Todesrune, das wahrheitlich einem ‹Todessymbol› und ‹Hasssymbol› entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche ‹Friedenssymbol› – das keltische ‹Todesrunesymbol› – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol ‹Tod, Todesexistenz›, auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen ‹Todessymbols› mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich ‹umschreibt›, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol ‹spricht› auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand ‹beschreibt›, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.
Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune, ☮ schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol ‹Frieden›

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es Ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

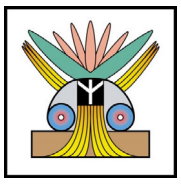
E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber ------der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.

IMPRESSUM
FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN
Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

© FIGU 2026
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz